

Der Grundstein

Offizielles Organ des Deutschen Bauarbeiterverbandes

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeder Woche. Abonnementpreis pro Quartal M. 2,00 (ohne Postgeld), bei Zusendung unter Kreuzband M. 2,40

Herausgegeben vom Deutschen Bauarbeiterverbande Hamburg 25, Wallstr. 1

Schluss der Redaktion: Dienstag morgen 8 Uhr. Vereins-Anzeigen werden mit 31 A für die dreigespaltene Zeile oder deren Raum berechnet.

Deutscher Bauarbeiterverband.

Erster außerordentlicher Verbandstag.

Nachdem zwei Verbandstage sich mit starker Mehrheit für die Arbeitslosenunterstützung durch den Verband ausgesprochen hatten, die schließliche Vorlage der Statutenberatungskommission aber nicht die gewünschte Zweidrittelmehrheit fand, entschied sich der zweite diesjährige Verbandstag für die Einberufung eines weiteren außerordentlichen Verbandstages noch im Herbst dieses Jahres, wenn folgende Voraussetzungen erfüllt seien:

Der Vorstand wird beauftragt, die Vorschläge der Kommission über die Arbeitslosenunterstützung durch Veröffentlichung der Vorlage zur Aussprache zu bringen. Bis zum 1. Oktober 1913 haben die Bezirksleiter dem Vorstand einen Bericht über die Stellung der Zweigvereine zu geben.

Spricht sich ein Viertel der Zweigvereine, die mindestens die Hälfte aller Mitglieder umfassen, für die Einführung der Arbeitslosenunterstützung aus, so soll der Vorstand beauftragt sein, zur Erzielung dieser Frage einen außerordentlichen Verbandstag einzuberufen.

Diese Voraussetzung ist nun erfüllt. Bis Ende September haben sich nahe an 500 Zweigvereine mit etwa 200 000 Mitgliedern für die Einführung der Arbeitslosenunterstützung und für die Vorlage der Kommission erklärt. Daraufhin haben Vorstand und Verbandsvorstand nunmehr beschlossene, den geforderten außerordentlichen Verbandstag einzuberufen, was hiermit geschieht. Als Zeit der Tagung ist der 1. und 2. Dezember, als Ort Hamburg bestimmt worden. Als Tagesordnung ist neben der Erzielung der nächsten Formalitäten vorläufig festgesetzt:

1. Die Einführung der Arbeitslosenunterstützung.
2. Verschleidenes.

Gleichzeitig haben Veirat und Vorstand beschlossen, daß die Delegiertenwahlen nach der für den ersten ordentlichen Verbandstag festgesetzten Methode erfolgen sollen, insofern wiederum jeder Arbeitergruppe, ihrer Stärke entsprechend, die auf sie entfallende Delegiertenzahl zugestellt wird. Eine Vereinfachung des Wahlverfahrens ist dadurch gesichert, daß jeder Kandidatenbezirk ein selbständiger Wahlkreis sein soll. Die Zahl der zu wählenden Delegierten ist nach dem neuen Statut vergrößert: je 1500 Mitglieder wählen einen Delegierten. Für die Wahl gilt das in dieser Nummer des „Grundstein“ veröffentlichte Reglement, als Maßstab wird hiermit Sonntag, der 9. November, festgesetzt. Alle nicht in dem Reglement vorgesehenen Maßnahmen zur Anstellung der Kandidaten und zur Durchführung der Wahl sind für jeden Bezirk von dem Bezirksausschuß anzuordnen.

Die Zweigvereinsvorstände werden ersucht, zu veranlassen, daß den Mitgliedern alsbald Gelegenheit gegeben wird, sich in Versammlungen mit dem außerordentlichen Verbandstage zu beschäftigen.

Der Vorstandsvorsitzende.
F. A. Erik Paepflow.

Wirtschaftskrisen, Arbeitslosigkeit und Mittel zur Abhilfe.

(Nach einem Vortrag von Eduard Bernstein in unserm Hamburger Zweigverein.)

Nach einer Reihe guter Geschäftsjahre macht sich seit einigen Monaten im Wirtschaftsleben ein Umschwung bemerkbar, der im Baugewerbe so stark ist, daß man von einer Krise reden kann. Was sind Wirtschaftskrisen? Das Wort ist bezogen von der Krankheit des Menschen. In der Medizin bezeichnet man den entscheidenden Wendepunkt im Verlauf einer Krankheit als Krise. Die Krise ist ein Kampf der vorwärtigen Elemente im Innern eines Organismus. Und was beim kranken Menschen der durch jene Störungen erzeugte Schwächezustand ist, das ist im Wirtschaftsleben die Arbeitslosigkeit. Wirtschaftskrisen gibt es seit dem Anfang des vorigen Jahrhunderts. Arbeitslosigkeit hat es auch schon früher gegeben; aber diese frühere Arbeitslosigkeit hatte andere Ursachen. Sie war auf Natureinflüsse, Missernten oder die Ungunst des Klimas zurückzuführen. Solche Wirkstoffe sind heute infolge der guten Verkehrsmittel fast völlig überwunden; ihnen hat der Kapitalismus mit seinem gewaltigen technischen Fortschritt ein Ende gemacht. Wenn früher ein Land durch eine Missernte heillos in die Armut stürzte, heute ist es durch die unantastbarsten Vorräte in den Weltteilen an unsere verbesserten Verkehrsmittel angeschlossen. Arbeiter von seinen eigenen Bewegungen und Störungen abhängig gemacht. Er hat sie, die ohne Produktionsmittel sind, mit Leib und Seele an sich gefesselt.

Unsere heutige Wirtschaft ist eine Wirtschaft der Planlosigkeit. In der Produktion herrscht Anarchie. Man produziert nicht mehr auf Bestellung wie ehemals, sondern auf Vorrat. Dabei wird maßlos spekuliert, weil ein Kapitalist dem andern den Rang ablaufen will. Der Aufschwung in einer Branche zieht den Aufschwung in andern Branchen nach sich. Es tritt eine Hochkonjunktur ein: Der Himmel hängt voller Geigen. Es wird in Betriebsverweiterungen und neuen Fabrikanlagen, neuen Maschinen usw. kolossal viel Geld angelegt; jeder Kapitalist will so schnell wie möglich verdienen. Um den Bedarf befriedigen zu können, werden möglichst viele Arbeiter herangezogen. Dadurch steigert sich der Bedarf an Lebensmitteln, Wohnungen und Rohprodukten und gleichzeitig steigen infolge der großen Nachfrage die Preise für den Grund und Boden, für die Wohnungen und die Rohprodukte. Auch der Zinsfuß steigt, weil überall Geld gebraucht wird. So geht es weiter, bis plötzlich irgendwo der Krach eintritt. Die Leute können nicht mehr zahlen, es treten Bankrotte ein, die Produktion stockt, die Arbeiter werden entlassen und verfallen dem Hunger. Viele wandern aus oder gehen völlig zugrunde. Es folgen die Jahre des Hungers, bis dann nach langer Zeit nach und nach wieder die Erholung kommt. Dann sind die Waren verschleudert, es entleert neuer Bedarf; die Geschäftslust regt sich, es folgt der Aufstieg bis zum Höhepunkt und der neue Absturz.

Diese Perioden dauerten früher ungefähr zehn Jahre; aber man nahm an, daß die Zeiträume immer kürzer würden. Das ist indes nicht der Fall. Bis zum Anfang der neunziger Jahre war der Aufstieg recht kurz und der Niedrigstand sehr lang. Von Ende des vorigen oder Anfang dieses Jahrhunderts an ist es anders. Bei den Krisen 1901 und 1907 hat der Tiefstand kaum zwei Jahre gedauert, dann folgte wieder der Aufstieg. Das ist wesentlich auf die Verbesserung der Verkehrsmittel, des Nachrichtenwesens und der Statistik zurückzuführen. Heute hat man viel schneller einen

Uebersicht über die Lage des Weltmarktes als früher. Dann haben sich aber auch die Absatzgebiete riesig erweitert. Einzelne Produkte werden in die entlegensten Winkel der Erde verschickt. Dadurch fällt man die Wellen des Tiefstandes in einem Lande nicht mehr so sehr wie früher. Die Großkapitalisten und die großkapitalistischen Verbindungen, Kartelle und Trusts, tragen zur Regulierung der Produktion bei. Sie schränken bei schlechter Konjunktur die Produktion ein und suchen die Preise hochzuhalten. Sie gehen nicht so leicht zugrunde wie früher die kleinen Kapitalisten. Ihren Teil haben sie den Weltmarkt angeleitet. Dabei werden sie von den Banken unterstützt, die heute eine außerordentliche Macht haben und teilweise schon Staaten im Staate sitzen. Sie haben das ganze Wirtschaftsleben in der Hand; in den Händen der Bankdirektoren wird über die Gestaltung des Wirtschaftslebens entschieden. Sie haben es auch in der Hand, einen großen Teil der Produktion zu regeln.

Für viele Gewerbe ist eine solche Regelung aber nicht möglich, unter andern auch nicht fürs Baugewerbe, das stark von örtlichen Verhältnissen abhängig ist und wo die Kapitalkonzentration noch nicht ganz so groß ist wie in andern Gewerben. Darum liegt auch zurzeit keine Industrie so stark daneben wie das Baugewerbe. Aber auch im Baugewerbe selbst ist die Konjunktur nicht einheitlich, wie die kürzlich veröffentlichten Berichte im „Grundstein“ zeigen. Der Grund des Daniederliegens ist in der Ueberproduktion an Grund und Boden und Wohnungen sowie in der starken Exzentrung des Baugeldes zu suchen. Wer nicht ganz sicher ist, bekommt heute kein Geld unter 10 pSt. Dadurch werden viele Bauunternehmer und Spekulanten bankrott. Welche Stimmung eine solche Konjunktur bei den hiesigen hiesigen Arbeitern auslöst, das wissen die Arbeiter am besten. Sie werden angefaßt von der Krise müde und verzweifeln an der Zukunft. Dazu ist jedoch kein Grund vorhanden. Es ist zu bedenken, daß sich das Baugewerbe in einer technischen Umwälzung befindet. Das Bauhandwerk war ehemals ein Kunsthandwerk, heute wird vielfach fabrikmäßig gearbeitet und Fabrikware hergestellt, wenn auch nicht in Fabrikräumen. Das ist ein schlimmes Uebergangs Stadium, ebenso schlimm, wie früherzeit für die Weber, als in der Textilindustrie die technische Umwälzung kam. Wir haben aber heute Mittel, die Schattenseiten des Uebergangs zu mildern und ihn so leichter zu überleben. Der Vorschlag, die Arbeiter sollten aufs Land zurückkehren, ist freilich leichter gemacht als ausgeführt. Wenn wir einst die Produktion regulieren, können wir das tun, ohne beim Uebergang die soziale Lage des einzelnen zu verschlechtern. Das ist aber heute nicht möglich. Darum muß die Öffentlichkeit für die Arbeitslosen eintreten.

In Jahren schlechter Konjunktur müssen alle irgendwie ausführbaren Arbeiten ausgeführt werden. Man weiß doch schon Jahre vorher, wo zum Beispiel Schulen und andere öffentliche Gebäude gebraucht werden. Wir müssen von den Städten und Gemeinden fordern, daß sie in dieser Hinsicht ihre Pflicht tun. Wir müssen öffentliche Arbeitslosenunterstützungen fordern, die aber nicht als Almosen gegeben werden dürfen; denn die Arbeiter hüben schuldlos für das, was andere getan haben. Sie hüben für die Städte der Spekulanten und tragen die Folgen der anmaßlichen Produktion. In dieser Anarchie ist aber die Gesellschaft schuld; darum muß auch die Gesellschaft eintreten.

Aber nicht der Bureaukratie darf man diese Aufgabe übertragen, sondern den Arbeiterorganisationen selbst. Diese sind ja auch mit gutem Beispiel vorgegangen. Die Öffentlichkeit muß eingreifen, nicht als Barmherziker, sondern als Helfer und Unterstützer. Das haben auch bereits mehrere Staaten getan. In Dänemark und England, Deutschland will den andern



Ändern voran sein, aber das war einmal; heute ist das Reich auf sozialem Gebiete schon hinter andere Völkern zurück oder im Begriff überholt zu werden. Das Reich gibt heute für Arbeiterversicherung noch nicht 80 Millionen Mark aus, während England, das viel später eine Arbeiterversicherung geschaffen hat, bereits über 400 Millionen ausgibt, obwohl es weit weniger Einwohner hat als Deutschland. Erst etwa zehn deutsche Städte haben bis jetzt die Arbeitslosenversicherung eingeführt, die 1912 in M. 34 000 angeschafft haben, während das kleine Dänemark im vorigen Jahre allein M. 500 000 ausgegeben hat und in England von Ende Januar bis Mitte Juli 1918 rund 5 Millionen Mark an Arbeitslose gezahlt worden sind.

Am notwendigsten ist die Arbeitslosenunterstützung für das Baugewerbe. Deshalb ist sie auch in England für dieses Gewerbe zwingend eingeführt worden. Auch wir müssen vom Reich die Einführung der Arbeitslosenversicherung verlangen. Die deutschen Gewerkschaften sind hier, wie auf so vielen Gebieten, mit gutem Beispiel vorangegangen. Sie haben im vorigen Jahre nahezu 9 Millionen Mark Arbeitslosenunterstützung ausgezahlt, gegen M. 34 000, die von den Städten aus öffentlichen Mitteln für diese Zwecke aufgewendet worden sind. M. 34 000 der Städte gegen 9 Millionen Mark der Gewerkschaften, und Reich und Staaten nichts! Ist das nicht beschämend? Aber man hat Millionen über Millionen für den Militarismus geopfert, da ist für die Arbeitslosen nichts mehr da.

Wir sollten aber nicht nur Unterstützung vom Staat verlangen, sondern auch die Gewerkschaften, die sie noch nicht haben, sollten sie einführen; denn damit schaffen sie die Grundlage für die staatliche Versicherung. Es wird auch hier wie auf so vielen Gebieten sein: der Staat wird um so eher etwas tun, je mehr die Arbeiter tun, was sie wollen, durch ihre Gewerkschaften schon selbst eingeleitet haben. Die Gewerkschaften sollen die Träger der Arbeitslosenversicherung werden; der Staat soll nur Zuschüsse geben. Öffentlich gelingt auch im deutschen Bauarbeiterverband die Einführung der Arbeitslosenunterstützung. Die Arbeiter müssen alle Mittel anwenden, um eine Verbesserung ihrer Lebenslage zu erreichen. Sie können ja nicht willkürlich den Lohn so erhöhen, daß sie sich für Zeiten schlechter Konjunktur genügend zurücklegen können; denn Lohnerhöhungen sind von der Konjunktur und einer ganzen Reihe anderer Faktoren abhängig. Darum müssen die Arbeiter auf verschiedenen Wegen ihrem Ziel, der Verbesserung ihrer Lebenshaltung, zustreben. Insbesondere aber müssen sie sich gegen das Unwetter der Konjunktur schützen, sie müssen einen Wall gegen die verheerenden Wirkungen der Krisen haben. Dieser Wall, diese feste Schutzmauer ist ihre Organisation. Die Arbeiter haben aber außerdem Anspruch darauf, daß ihnen die Deffektivität besteht, daß ihnen der Staat Not und Elend lindern hilft; sie haben Anspruch auf Beihilfe gegen Unglück, das sie nicht verschuldet haben.

Die Gewerkschaften sind noch nicht allmächtig; aber einen Schritt sind die Arbeiter mit Hilfe ihrer Gewerkschaften doch vorwärts gekommen. Und: weiter vorwärts! soll unsere Lösung sein!

Börsengeschäfte.

3. Die Börsen und der Staat.

Wohl die Börse ein die Geschäfte massenhaft konzentrierender Markt ist, können die Preise der verschiedenen Verkäufer und der verschiedenen Käufer in der Regel nicht sehr stark voneinander abweichen. Die Börsen haben also die große wirtschaftliche Aufgabe, ausgleichend auf die Preise in dem Gebiete der einen Börse und durch die verschiedenen Beeinflussungen untereinander ausgleichend auf die verschiedenen Börsen zu wirken, so daß die Preisbewegungen der Preise dann lediglich bestimmt wird durch die Kosten von Frachten, Zöllen und Versicherungsprämien. — Auf der Waren- oder Produktbörse finden naturgemäß wegen der Art der dort dem Handel unterworfenen Waren viel mehr tatsächliche Umsätze statt als auf der Effektenbörse.

Die Börsen stehen unter staatlicher Aufsicht. Der Staat übernimmt deshalb für die Börsen Verantwortungen. Aber die Börsen sind autonome Körperschaften, die die Bedingungen der Zulassung zum Börsenbesuch, die Formen des Börsenverkehrs, die Zulassung von Waren und Wertpapieren zum börsenmäßigen Handel, die Feststellung der Kurse, die Regelung von Streitigkeiten zwischen Börsenbesuchern und dergleichen meist allein regeln. Aber für die schweren Schädigungen, durch die im Börsenverkehr viele getroffen werden, wird doch die aufsichtführende Behörde verantwortlich gemacht. Es hat sich immer ergeben, daß diese Aufsicht eine durchaus ungenügende, ja eine unmögliche war. Man hat deshalb auf dem Wege der Gesetzgebung auf die Börsen einzuwirken gesucht und durch Gesetze die Börsenmissbräuche bekämpfen wollen. Viele dieser Versuche waren vollständig wirkungslos, andere haben das Geschäft nur von einer Börse auf die andere gedrängt und dadurch einzelnen Volkswirtschaften Schädigungen bereitet, ohne den Schwindel auf der Börse, dem die Staatsangehörigen zum Opfer fielen, verhindern zu können. Starke Interessen bekämpften sich bei der Börsenregulierung in höchst ungünstiger Weise.

Die Gesetzgebung hat vielfach den Schwindel nicht zu fassen vermocht, sie hat ihn nicht selten nur der öffentlichen Kontrolle entzogen, ohne ihn tatsächlich mindern zu können. Es kann hier nicht die Aufgabe sein, auf die verschiedenen Formen der Börsenregulierung einzugehen, lediglich die deutschen Börsen nach dem Stande der heutigen Gesetzgebung gibt es zu schildern, soweit nicht schon in der bisherigen Darstellung vieles Hierhergehörige gesagt worden ist. Man war vor allem bemüht, dem Gründungsschwindel auf den Leib zu rücken, eine Verantwortlichkeit der Gründer für ihre Gründung herbeizuführen. Man hat den Prospektzwang eingeführt, d. h. die Verpflichtung zu genauer Klarlegung

der für die Beurteilung des Unternehmens maßgebenden Bestimmungen. Man hat die Emissionshäuser für die durch Unrichtigkeit oder Unvollständigkeit des Prospekts entstandenen Schäden Vermögensrechtlich haftbar gemacht. Man hat die Emissionshäuser verpflichtet, die Bilanzen der von ihnen eingeführten ausländischen Erwerbsgesellschaften zu veröffentlichen. Man hat an den Börsen Zulassungssitzeilen eingerichtet, die darauf achten sollen, daß das Publikum über alle zur Beurteilung der auszugebenden Wertpapiere notwendigen tatsächlichen und rechtlichen Verhältnisse soweit als möglich unterrichtet wird.

Ueber die Zulassung der Papiere zum Börsenhandel steht neben der Zulassungsstelle auch staatlichen Organen ein Aufsichtrecht oder ein Aenderungsrecht der Beschlüsse zu. Dann gibt es genaue Bestimmungen über die Kursfestsetzungen, vielfach auch über die Kommissionäre, die Händler sind, die Aufträge von dritten Personen übernehmen und für ihre Rechnung oder aber im eigenen Namen Waren oder Wertpapiere kaufen oder verkaufen. Um zu warnen und um Personen, die ihrer sonstigen Stellung nach dem Börsengeschäfte fernbleiben sollen, auch tatsächlich fernzuhalten, hat das deutsche Reichsbörsengesetz ein eigenes Register geschaffen, das Terminregister, das jene Personen umfassen soll, die in Waren oder Effekten Termingeschäfte machen wollen. Dieses Register ist öffentlich, seine Benutzung, die Eintragung, soll nicht umgangen werden, weil nur jene Geschäfte laubhader Recht schaffen, bei denen Käufer und Verkäufer in das Register eingetragen sind. Eine tatsächliche Einschränkung der Börsengeschäfte spekulativer Art ist aber durch das Terminregister nicht eingetreten. Wohl sind manche Eintragungen unterblieben; aber die Geschäfte haben sich vielfach auf dem geändert. An Stelle des Termingeschäftes ist das Kassageschäft eingetreten, Großhändler haben das Geschäft an sich gezogen, das früher die Kleinhandlungen gemacht haben; vor allem aber hat das spekulative Geschäft an ausländischen Börsen sehr stark zugenommen.

Die Forderung an arbeitslosen Gewinn durch das Börsengeschäft ist eine so starke Anreizung, die Börse selbst ist mit dem Wesen der kapitalistischen Wirtschaft so außerordentlich eng verknüpft, daß alle Mittel der Einschränkung der Börsenregulierung, alle Regierungs-kommissionäre, die es z. B. in Österreich schon seit dem Jahre 1771 gibt, die Entwicklung der Börse, der Börsengeschäfte und auch der spekulativen Geschäfte nicht verhindern kann. Vor allem vermag der Staat die Börse selbst nicht zu unterbrechen.

Für den Staat spielt wenig seiner zahlreichen Anteile die Börse eine außerordentlich große Rolle. Die Bewertung der staatlichen Schuldberechtigungen durch die Börse ist für den Kredit des Staates, für die Möglichkeit, weitere Anteile unterzubringen und bestimmte Preise für sie zu bekommen, von der allergrößten Bedeutung. Der Staat oder der leitende Finanzminister freut sich natürlich auch ganz außerordentlich, wenn er hört, daß seine Anteile zwanzig, vierzig oder hundert-

Ueber den Ursprung der Religion und des Gottesglaubens.

Die erfolgt nun der Uebergang vom Geistes- und Ahnenkult zum Naturkult und das ist eine sehr einfache Sache. Schon auf der ersten Stufe der Religion legen die Menschen ihren Geistern die Fähigkeit bei, ihnen zu helfen oder zu schaden. Um die Geister bei guter Laune zu erhalten, gibt man ihnen Speise und Trank. Dafür, so glaubt der Wilde, ist einem der Geist behilflich, etwa ähnlich, wie heute noch der gläubige Christ glaubt, daß ihm sein Gott helfen werde, wenn er seine Gebote erfüllt, recht inbrünstig zu ihm bete und ihm recht erhebliche Opfer bringe. Dieser Glaube an die Hilfsmöglichkeit der Geister und Götter findet sich bei den Völkern aller Entwicklungsstufen. Und überall wünscht der Mensch von seinen Geistern und Göttern die Hilfe, die er braucht. Der Kräger will Glück im Kriege, der Fischer Glück auf dem Meere, der Landmann die Sonne, Regen und fruchtbare Felder. Jene Völker, die noch nicht anständig geworden sind, die noch als Nomaden das Land durchstreifen, brauchen noch keinen Gott oder Geist, der für fruchtbare Felder sorgt, und Klämme, die auf Bergen wohnen, brauchen keinen Meerestot. Sie brauchen Hilfe im Kriege, auf der Jagd und auf der Wanderung. Und alle ihre Geister und Götter haben die Macht, ihnen ihre Wünsche zu erfüllen; denn der Naturmensch legt seinem Gott alle die Eigenschaften und Strafen bei, die er selbst gerne haben möchte.

So ist es ganz natürlich, daß die Nomadenvölker noch niegen bis zu einem rein ausgebildeten Naturkult gekommen sind. Sie haben ihre Ahnengötter, die nach ihrer Meinung die Geschlechter geschaffen, das heißt, erzeugt haben, von denen sie Geschlecht abstammen, wie das Volk Israel aus Abrahams Geschlecht, und die ihnen auch die Gesetze für ihr Verhalten, die Gebote, gegeben haben. Zu Naturgöttern werden die Ahnengötter von den Menschen rasch

schaffender Phantasie erst dann allmählich umgewandelt, wenn die ebendem umschweifenden Herden ansässig geworden sind, wenn sie sich als Ackerbauer von der Natur abhängig fühlen, kurz: wenn der Mensch die große Bedeutung der Naturkräfte für seine ganze Existenz zu fühlen beginnt. Dann bekommt der Gott, der ebendem für Glück im Kriege und auf der Jagd zu sorgen hatte, die Aufgabe, für Wind, Sonnenschein und Regen zu sorgen. „Sehst du“, sagt Cunoow, „ich der Mensch in seiner ganzen Existenz von Bodenzerzog und damit von den Naturgewalten abhängig fühlt, je gewalttätiger und übermächtiger sie in seinen Daseinskampf eingreifen und die erköpften Resultate seiner Arbeit oft in wenigen Minuten spielend vernichten, desto mehr wird es zur Haupttätigkeit der Ahnengötter, diese Naturgewalten in einem den Anforderungen ihrer Hochkommenheit günstigen Sinn zu beherzigen.“ Dieser Prozeß vollzieht sich natürlich nur sehr langsam; die Ahnenqualität der Götter tritt erst im Laufe von Generationen zurück, und so kommt es, daß in vielen Religionen der Naturkult neben dem Ahnenkult besteht, das heißt, daß die Religion ein Gemisch von beiden ist. „Wird dann schließlich durch Eroberungen, Vermischungen mit anderen Völkern, Abwanderungen, Kasten- und Ständebestimmungen die alte geschlechterrechtliche Gestalt zerfallen und durch eine politische, nicht mehr auf veranerblichlicher, sondern auf ständischer und ortsgemeinschaftlicher Gliederung beruhende politische Verfassung ersetzt, so geht bald der Ahnencharakter der alten Götter verloren: an Stelle des Ahnenkultes ist der Naturkult getreten.“

Am äußerst interessanten Beispiel weist Cunoow die Entwicklung vom Ahnenkult zum Naturkult nach, so besonders an der Entwicklung der alperuanischen und der indischen Religion. Die Peruaner hatten zur Zeit der Entdeckung Perus durch die Spanier bereits einen gemeinsamen Weltgott, Wirakochan, der ebendem der Stammesgott des in Peru herrschenden Inkastammes gewesen, aber inwiefern zum Naturgott des ganz Peru

umfassenden Ansehens geworden war. Dieser Gott schützte sein Volk im Kriege, er bestimmte die Felder und Ackerfelder und sende zu des Volkes Wohl Regen und Sonnenschein. Zu diesem Gott beteten die Inkastriber am alljährlichen großen Reinigungsfest folgendenmaßen:

Ahnenpöpper und Ahnwirer,
Du Urtatund alles Erins,
Allgenügend'ger Schöpfer,
Der du ohn' gleichen bist
Wie an der Erde Gengen,
Kammes- und Lebensschöpfer,
Der allen Leben gab,
Beschirm uns allezeit
Und laß gesundheitsvoll
In Frieden, ohn' Gefahr,
Vollenden uns das Leben,
Das du uns halt gegeben,
Du, der in Frieden lobst,
Im dumpfen Donnerroll'n
Und in des Sturmwindes Wollen,
O hör' und schenke uns
Ein freundliches Leben,
Dalt uns in deiner Hut
Und nimn das heilige Opfer
Sühndoll und gnadvoll auf,
Erhab'ner Schöpferatol.

Und in einem andern, an demselben Fest gesprochen Gebet, heißt es:

Du Ahnenpöpper, mächt'ger Schöpfer,
Der du das All erkältst und löst;
Schenke uns Menschen deine Günt,
Laß unsere Herden Blau sich mehren,
Schirm unsere Dorfmacl, daß gebiet
In Frieden und in Ruh sie möge
Und uns, die du erschaffen hast,
Zu nimn in deine heilige Gut,
Du mächt'ger Erdbecker!

Neben diesem erdgenügenden Hauptgott hatten die Peruaner viele Nebengötter, die früher die Götter der vier Phantien (Geschlechterverbände) gewesen waren, aus

fach überzeichnet wurde. Und doch weiß er natürlich ganz genau, daß in Wirklichkeit im Augenblick gar nicht das Geld vorhanden wäre, um diese so vielfach überzeichnete Kredit bei dem Staat zu nehmen. Aber der gute Geist, und dem Publikum imponiert die so vielfach überzeichnete ganz außerordentlich. In Wirklichkeit geschieht dieses starke Zeichnen von Börsenwerten vor allem um deswillen, weil man weiß, daß auch andere, die sich diese Wertpapiere aneignen wollen, starke Überzeichnungen machen, um einen Teil zu erhalten, daß sie ein vielfaches dessen, was sie tatsächlich zu kaufen wünschen, als ihr Begehren bezeichnen und dann sehr froh sind, wenn sie eben gerade nur das bekommen, was sie wirklich wünschen. Es spielt hierbei auch stark das Moment mit, daß dieses künstlich gesteigerte Verlangen von vielen der ausgegebenen Staatspapiere bei dem unfindigen Rentner- und Sparspar-Publikum den Wunsch erregt, sich in den Besitz derartigen Papiere zu setzen, wodurch die Nachfrage nach ihnen steigt und eine von den Zeichnern gewünschte Kurssteigerung erreicht wird. Hier sieht man, daß der Staat, der sich den Anschein gibt, die Spekulation durch die Gegebenheit zu bestimmen, aus dieser Spekulation selbst Nutzen und Vorteil für sich zu ziehen sucht, und sich dieses Spielerei spekulierender Kräfte erfreut, weil es zu höherer Wertung seines Krediten führt.

Die Banken freilich, die je genau zu unterrichten vermögen zwischen den so spekulativen Zwecken gemachten und zwischen den wirklich ernst gemeinten Zeichnungen der Staatspapiere verstehen sehr wohl bei der Bestellung der auszugebenden Schuldverschreibungen zu unterscheiden zwischen denen, die tatsächlich bedürftig sind werden sollen und denen, die mit geringen Bruchteilen zu befriedigen sind, weil sie doch diese Schuldverschreibungen nicht dauernd zu besitzen suchen. So sehen wir, daß man in manchen Fällen sehr wohl das spekulative Geschäft von dem ernstlich bedürftigen zu unterscheiden versteht. An diesem Beispiele erkennt man auch, daß die Börsen durchaus nicht nur der Zummelplatz spekulativer Geschäfte, sondern vielmehr notwendige, ja unentbehrliche Stellen für den Ausgleich der sich in anderer Wirtschaftsverfassung alltäglich ergebenden hunderteausendfachen Angeboten und Nachfragen in leicht verteilbaren Waren sind.

Die Lohnbewegungen, Streiks und Ausperrungen im Jahre 1912.

Die wirtschaftliche Konjunktur im Jahre 1912 war den auf die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen gerichteten Bestrebungen der Arbeiterseite nicht so günstig als bei des Jahres 1911. Die langwierigen Balkankrisen und die damit verbundene hohe Spannung der politischen Lage und des Weltmarktes übten ihre unguünstige Wirkung auch auf das Erwerbsleben Deutschlands aus. In einer großen Anzahl wichtiger Industrien konnte der Geschäftserfolg erheblich ab-, der Grad der Arbeitslosigkeit verschärfte sich und ein stärkeres Angebot von Arbeitskräften machte sich auf dem Arbeitsmarkt bemerkbar. Bergleitet mit der Ergebnisse der Statistik der Zentralverbände über: „Die

Lohnbewegungen, Streiks und Ausperrungen im Jahre 1912“ mit den Zahlen der vorjährigen Statistik, so will es scheinen, als wenn die unguünstigere wirtschaftliche Lage von keinem Einfluß auf die Zahl und den Umfang der wirtschaftlichen Bewegungen der Arbeiterschaft war. Es ist wie auch der daran beteiligten Personen zu konstatieren. Es fanden statt insgesamt 9904 Bewegungen ohne und mit Arbeitseinstellung, an denen zusammen 1 254 558 Personen beteiligt waren. Für 1911 wurden 9670 Bewegungen mit 1 011 669 Beteiligten gezählt, so daß das Jahr 1912 ein Mehr von 234 Bewegungen und 242 889 Personen aufweist. Bei diesem Zahlenverhältnis muß jedoch berücksichtigt werden, daß im Frühjahr 1912 der große Bergarbeiterstreit ausbrach, an dem vom Bergarbeiterverband allein 237 732 Personen beteiligt waren. Geht man von diesem Kampf ab in dem Sinne, daß eine erhebliche Teilnahme von Personen eines Berufs an den wirtschaftlichen Kämpfen sich nicht allfänglich wiederholt, so ist die verbleibende Zahl der Beteiligten der des Jahres 1911 annähernd gleich. Auf die Zahl der statgefundenen Bewegungen übt dagegen der Bergarbeiterverband infolieren keinen Einfluß aus, als der Verband ihn, obgleich er sich auf 289 Orte erstreckte, nur als vier Fälle zählt, und zwar nach den hauptsächlich davon betroffenen vier Landesstellen.

Von den 9904 Bewegungen des Jahres 1912 verliefen 7136 = 71,6 pSt. (1911: 69,9 pSt.) mit 774 769 Beteiligten = 61,8 pSt. (1911: 67,9 pSt.) ohne Arbeitseinstellung. In 2828 Fällen kam es zu Kämpfen, an denen 479 589 Personen durch Arbeitseinstellung beteiligt waren. Der Anteil der friedlich verlaufenden Bewegungen an der Gesamtzahl ist gegen 1911 um 1,7 pSt. gestiegen. Seit dem Jahre 1905, in dem zum ersten Male die Erscheinungen auf die Bewegungen ohne Arbeitseinstellung ausgebeht wurden, hat sich der Anteil dieser Bewegungen an der Gesamtzahl ständig gesteigert. In diesem Verhältnis drückt sich nicht allein die wachsende Macht der Gewerkschaften aus, sondern es legt auch Zeugnis davon ab, daß es den Arbeitern nicht in erster Linie auf die Führung von Streiks ankommt, wie die Schachtmacher fortwährend behaupten, um Stimmung für eine Entlohnung des Sozialtariffes zu machen.

Die Bewegungen ohne und mit Arbeitseinstellung betrafen eine Gesamtanzahl von 11 738 749. Die Zahlen sehen hinter denen des Jahres 1911, in welchem sie 16 272 315 ausmachten, um 4 533 564 zurück. Der Erfolg der Angriffsbewegungen entspricht annähernd dem im Jahre 1911 erreichten. Sie waren in 4049 Fällen gleich 73,8 pSt. (1911: 70,9 pSt.) mit 511 232 Beteiligten gleich 69,4 pSt. (1911: 67,3 pSt.) erfolgreich und in 1512 Fällen = 24,0 pSt. (1911: 20,1 pSt.) mit 20 558 Beteiligten = 27,0 pSt. (1911: 25,7 pSt.) teilweise erfolgreich. Gegenüber dem Jahre 1911 ist der Prozentsatz der erfolgreichen Bewegungen zwar um 3,1 geringer, dagegen ist jedoch der Prozentsatz der daran Beteiligten ein höherer. Das Verhältnis der mit teilweisem Erfolg beendeten Bewegungen ist sowohl bei den Fällen wie auch bei den Beteiligten ein günstigeres. Die Kampfbewegungen bestehen, soweit dabei die erfolgreichen in Frage kommen, günstiger, die mit teilweisem Erfolg beendeten unguünstiger als 1911. Die Bewusstheit von dem unguünstigen Bergarbeiterstreit, den wir bereits erwähnten, bieten die im Jahre 1912 durch das Mittel der Arbeitseinstellung zur Entscheidung gebrachten wirtschaftlichen Kämpfe ein von den Vorjahren erheblich abweichendes Bild.

Der Ausgang an Kämpfen erstreckt sich nur auf die Streiks, Ausperrungen sind dagegen in vermehrte Zahl vollzogen worden. Es wurden geföhrt 1543 Angriffstreiks (1911: 1705) und 928 Abwehrstreiks (1911: 1002); Ausperrungen erfolgten 356 (1911: 207). Von den Personen, die 1912 im Kampfe standen, kamen 332 000 (1911: 169 657) auf die Angriffs- und 45 400 (1911: 42 239) auf die Abwehrstreiks. Von den Ausperrungen wurden 62 009 (1911: 113 357) Personen betroffen. Gegenüber dem Jahre 1911 wurden 263 Angriffs- und 76 Abwehrstreiks weniger geföhrt, während die Zahl der Ausperrungen um 149 stieg. Diese Zunahme scheint dafür zu sprechen, daß bei dem Unternehmertum im Jahre 1912 eine stärkere Angriffslust vorhanden war, während sich die Arbeiterseite in ihren Kämpfen zurückhaltender verhielt. Infolge des erfolglos verlaufenen Bergarbeiterstreiks sind die prozentualen Erfolgsziffern der Beteiligten erheblich unguünstiger als im Vorjahre, was sich in ganz besonders starker Weise bei den Angriffstreiks bemerkbar macht. Bei einem Vergleich dieser Ziffern mit denen der Vorjahre lassen sich deshalb alle gemeinsamen Geschäftszugungen daraus nicht ziehen. Es fallen von den Beteiligten vollen Erfolg 60 001 = 12,8 pSt. (1911: 33,3 pSt.), teilweisen Erfolg 274 979 = 57,3 pSt. (1911: 89,9 pSt.) und keinen Erfolg 274 979 = 57,3 pSt. (1911: 19,9 pSt.). Von den an den Kämpfen 1912 insgesamt beteiligten Personen waren 303 115, darunter 20 851 weibliche, in die Streiklisten eingetragen. Davon gehörten beim Beginn des Kampfes 245 063 männliche und 18 618 weibliche Personen der Organisation an.

Es betrug der Verlust an Arbeitszeit 4 776 815 Tage und der Ausfall an Verdienst 21 144 433. Die weiblichen Personen sind an diesen Zahlen beteiligt mit 468 522 Arbeitsstunden und einem Verdienstaussfall von 1 021 886.

Die Kämpfe des Jahres 1912 erforderten eine Gesamtanzahl von 11 480 365 (1911: 16 062 906). Es ist um 4 570 541 geringer als im Vorjahre. Die Durchführung der Angriffstreiks beanspruchte über die Hälfte der Gesamtanzahl. Von den 543 Angriffstreiks wurden 786, reichlich die Hälfte aller Streiks, unternommen, um Lohnsteigerungen zu erreichen. 293 813 Personen waren daran beteiligt. — Von den 928 Abwehrstreiks wurden 333 mit 9973 Beteiligten geföhrt, um eine Lohnreduktion abzuwehren. In 231 Fällen war Maßregelung von Arbeitern die Ursache von Streiks, von welchen 13 498 Personen betroffen wurden. In 24 Fällen wurde zur Wahrung des Sozialtariffes die Arbeit eingestellt und 22 Streiks mit 673 Beteiligten wurden zur Abwehr einer Arbeitsüberforderung unternommen. Bei ihren Ausperrungen haben die Unternehmer 1912 nicht gut abgeschnitten. Von den 356 Ausperrungen endeten 62,3 pSt. (1911: 59,2 pSt.) für die Arbeiter erfolgreich. Oder anders ausgedrückt: über die Hälfte aller Ausperrungen derselbe vollständig, die damit beabsichtigte Wirkung und brachte den Unternehmern keinen Erfolg. Durch diese Ausperrungen entstand ein Verlust an Arbeitszeit von zusammen 20 681 085 Tagen. Die Durchföhrtung dieser Ausperrungen kostete den Gewerkschaften die respektable Summe von 45 306 465. Durch das Mittel der Ausperrungen hat das Unternehmertum den beabsichtigten Zweck, die gewerkschaftlichen Bestrebungen der Arbeiterschaft illusorisch zu machen, bisher nicht erreicht und es wird dieses Ziel auch nie erreichen.

Durch die Bewegungen ohne und mit Arbeitseinstellung wurde 1912 insgesamt erreicht: Eine Arbeitszeiterhöhung für 378 185 Personen von zusammen 830 151 Stunden pro Woche. Ferner eine Lohnerhöhung

Heimwärts.

Nun laßt uns stille heimwärts ziehen,
Der letzte Dalm fiel unterm Schmitz,
Doch was erlangt an Melodien,
Das tragen wir getreulich mit.
Was da an Eiden aus den Zweigen
Lustigmelend uns entgegenquoll,
Sei für den Winter unser Eigen,
Den langen, der nun kommen soll.

Nehmt mit das Gute, Schöne, Solde,
Das unvermerkt ins Herz sich stahl,
Daß es das trübe Heim vergolde
Wie mit der Abendsonnenstrahl.
Kann man das letzte Grüßen hören?
Ich höre es und hör es nicht,
Ich seh die Stämme brauner Föhren
Sich flammend rot im Abendlicht. —

Und einer Gedächtniswolk Schimmer,
O, bleibe stehen, bleibe Schimmer!
Erleuchte meine Pfade immer
Und laß sie nie verbunkelt sein!
Gib mir, was du mir noch kannaß geben,
Das reine Herz, den hohen Sinn,
So klar und licht wie du zu leben,
Wie ich wie du verblühen bin. A. W.

Vom Reisen.

Mich Reisen, Freund, ist eine Kunst
In unzer Rünste Kranz...
Ein jeder liebt's, ein jeder übt's,
Nicht jeder aber kann's!

So mancher, der die Welt umfuhr,
Hat dennoch nichts gesehen,
Dieweil er nie verstanden, erst
Die Nähe zu verstehn. Esler Göttinger

denen sich der zur Herrschaft gelommene Inzassomn zusammensetzte. Obwohl auch sie früher alle Ahnenbilder und Löwe des Bhikaraischen gewesen waren, waren inzwischen drei von ihnen zu Wehrerben und Leuten bestimmter Raturgewalten geworden, und zwar Sini zum Sonnengott, Apu-Wissa zum Mondgott und Tschiki-Wissalaja zum Wind- und Donnererben. Einer der vier Bhikaraisgötter, Wakanawel, war noch Ahnenkriegergott der Inzas. Aber damit war die Zahl der personifizierten Gottheiten noch nicht erschöpft; jeder der von den Inzas unterworfenen Stammesstämme hatte noch einen eigenen Stammesgott (Wakala), unter denen sich die Benamer die Krücker der Stämme und die Geschlechterverbände vorstellten. Außerdem hatten die Geschlechter ihre besonderen Geschlechtergötter und die Familien ihre Haus- und Ahnengötter, die alle wieder von den Stammesgöttern abstammten. Inzwischen waren zur Zeit der Entdeckung Verus auch diese Götter in den vorgeschrittensten Stadien des Landes bezugs zu Naturgöttern, zu Selbstgöttern, zu Schöpfern der von ihren Stämmen und Geschlechtern beherrschten Reizen geworden. Und zweifelslos war die ganze personifizierte Religion, so war auch der religiöse Kult, der einestills in der Anbetung der Sonne, andererseits aber in der Bundes- und Mutterenernung mit den Ahnengöttern stattfand, denen man allfänglich selbst noch das Blut von geschlachteten Kindern dorthin, ein Stückbrot, der in uralten Zeiten auch bei den Israeliten göttliches Gebeet war, wurde aber schon vor Moses Zeiten durch Tieropfer ersetzt, die mit der Erhaltung im zweiten Buch Mose, Kapitel 13, Vers 2 und 12 bis 14, beweist. Im 3. Buch Mose verordnet ist: „Das heißt, der Mensch, der Gott sprechen ist, soll nach dem dritten Bunde Mose, Kapitel 17, Vers 28 und 29, auch später noch nicht ausgesetzt, sondern getötet werden.“

Nicht minder interessant als die Schilderung, die Cuvnos von der Entwicklung der altperuanischen Religion gibt, ist seine Darstellung, wie Indes vom hierarchisierten Stammesgott des arischen Zeitalters zum

Nationalgott der Indes geworden ist, nachdem mit den übrigen arischen und den dravidischen Stämmen auch deren große und kleine Götter besetzt waren; wie sich dann später, als die arisch-indischen Stämme anfieng zu veredeln und zu Ackerbau und Viehzucht überzugehen waren, der ehemalige Stammesgott zum Naturgott entwickelte, der in den Lehren des Rigveda als stolzender Sonnenherrscher wiederkehrt. Gerade an der Handlung dieses Gottes kann man am deutlichsten beobachten, wie der Mensch seine Götter nach je einem eigenen Bilde gestaltet, wie er ihnen alle seine ihm lieb gewordenen Eigenschaften, nur in unendlich vergrößertem Maße, beilegt. Sobald nämlich aus dem feierlichen Romabewußt ein friedliebendes Bauerntum geworden ist, verschwindet auch die strengste Sittengesetzlichkeit. Was soll das jaherhundertelange in tiefsten Frieden lebende Bauerntum auch mit einem Kriegsgott? Indes, der einst als brillender Niesenhüter den Kriegern voranzog, wird zum milden, gemächlichen Bauerntum, der nach den Werten des Rigveda ebenso faßt, wie die wohlhabenden indischen Bauern faßen und der gelegentlich in total bestimmten Zuständen die ganze Welt umkrempeln oder erschmelzen möchte. Als dann der Wohlstand der freien arischen Bauerntum verfallt und die Priesterkaste der Brahmanen zur Herrschaft kommt, da kommt in Brahma auch ein neuer Gott zur Herrschaft, hinter den Indra ebenso zurücktritt, wie die indischen Bauern hinter diese Herrscherskaste zurücktreten. „So wichtig ist der wirtschaftlichen Entwicklung zugleich der Charakter Indes: vom Stammgott der Zeitalter wird er zum tobenenden Kriegsgott, zum Herdenführer, Wasserbringer und milden, wohlwärtigen Sonnengott, und jede dieser seiner Wandlungen wird herbeigeföhrt durch eine neue wirtschaftliche Entwicklungsphase seiner Völker: eine Verhältnisse des Feuerindischen Soles, daß jedes Volk auf seine Götter seine eigene Wesenheit abträgt.“ In diesen Worten Cuvnos liegt ein zweiter Grundgedanke seines ganzen Buches. (Schluß folgt.)



für 580 021 Personen von zusammen 4 948 961 pro Woche. Außerdem erreichten 888 563 Personen sonstige Verbesserungen der Arbeitsbedingungen. 1911 ergab sich 393 316 Personen eine Arbeitszeitverkürzung von zusammen 760 594 Stunden und 592 066 Personen eine Lohnerhöhung von zusammen 1 058 594 pro Woche. Im Durchschnitt entfällt 1912 auf jede beteiligte Person eine Arbeitszeitverkürzung von zweieinviertel Stunden und eine Lohnerhöhung von 1,79 pro Woche. 1911 betrug der Durchschnittsatz an Lohnerhöhung gleichfalls 1,79 pro Woche. Dagegen die durchschnittliche Arbeitszeitverkürzung zweieinhalb Stunden. Sonstige Verbesserungen erreichten 5055 Personen weniger als im Vorjahre. Durch die Arbeiterbewegungen ohne und mit Arbeitszeiterhöhung wurde 1912 abgewendet: Für 2337 Personen eine Arbeitszeiterhöhung von zusammen 11 042 Stunden und für 19 840 Personen eine Lohnerhöhung von zusammen 1 885 794 pro Woche; ferner für 55 589 Personen eine sonstige Verschlechterung der Arbeitsbedingungen. Trotz erfolgter Wochenlöhnerhöhungen für 3115 Personen Verschlechterungen der Lohn- und Arbeitsbedingungen ein.

Bei den Bewegungen insgesamt kam es in 4804 Fällen zum Abschluß von Tarifverträgen für 361 548 Personen. Von diesen Tarifverträgen wurden 3809 für 290 841 Personen abgeschlossen bei Bewegungen ohne Arbeitszeiterhöhung, der andere Teil entfällt auf die Streiks und Ausperrungen. Auf die einzelnen Gewerkegruppen verteilen sich die Verträge folgendermaßen: Baugewerbe 728 mit 47 955 Personen, Metallindustrie, Maschinen und Schiffbau 573 mit 64 299 Personen, Graphische Gewerbe und Papierindustrie 101 mit 76 280 Personen, Holz- und Textilindustrie 442 mit 17 041 Personen, Bekleidungs-, Leder- und Zeltindustrie 173 mit 39 435 Personen, Handel- und Transportgewerbe 566 mit 48 886 Personen. Nicht in allen Fällen wird man den Abschluß eines Tarifvertrages als einen Erfolg für die Arbeiter anrechnen können. Es kommt bei der Bewertung eines solchen in erster Linie darauf an, welches Maß an Verbesserung und Sicherung der Arbeitsbedingungen damit erzielt wurde. Die sich vorbereitende Umwandlung des Arbeitsvertrages wird von gewaltigen wirtschaftlichen Kämpfen untergeleitet, die für die Zukunft des Proletariats von entscheidender Bedeutung sein werden. Wir zweifeln nicht daran, daß die Gewerkschaften sich diesem wirtschaftlichen Ringen um das Mitbestimmungsrecht im Produktionsprozeß gewachsen zeigen werden. Die wirtschaftlichen Kämpfe haben bisher den Gewerkschaften große Opfer auferlegt. Aber gerade aus diesen Kämpfen heraus steigerte sich ihre Macht und Stärke. Und diese Machtentfaltung wird sich fortsetzen mit dem wachsenden Umfang der Arbeitsschlachten. Wir haben die große Zukunft, daß unter dem Einfluß der kommenden wirtschaftlichen Massenkräfte die heute leider noch in verschiedenen Gewerke getrennten organisierten Arbeiter sich zusammenschließen und damit dem Arbeitskampf ausbreitenden Unternehmertum die geschlossene Pfalz aller Ausbeuteten entgegenstellen werden.

Politische Umschau.

Die kommende Militärvorlage. — Die Rüstungsanstrengungen des Reiches. — Der Rückgang der Geburtenziffer. — Die Lebenshaltung des deutschen Arbeiters in „wissenschaftlicher“ Betrachtung. — Geburtenrückgang und Staatsbankrott. — Reaktionäre Massenstreik-Kampfe. — Ausgebungen katolischer Arbeiterorgane gegen das Schärffacherartikel.

Als vor etwa einem Vierteljahr im Reichstage die Militärvorlage zur Beratung stand, hat es wohl keiner der denkenden Arbeiterschaft und selbst in weiten Kreisen des Bürgerlums trotz der Ungeheuerlichkeit dieser Vorlage kaum jemand gegeben, der den Versicherungen der Regierung, daß mit deren Annahme für geraume Zeit hinaus allen militärischen Plänen die notwendige Sicherheit gegeben sei, Glauben geschenkt hat. Im Militärkreise Deutschland ist das Volk eben schon gar zu oft mit derartigen Versicherungen dupiert worden, und daß das auch der Fall war, als es galt, die Vorlage durchzuführen, hat sich sehr bald einstellen können vor das Heeresvermehrungsgeheiß unter dem, als man auch schon vernahm, daß weitere Ergänzungen und Verästelungen der nationalen „Verteidigung“ im Interesse der „Sicherheit des Reiches“ unerlässlich seien. Seitdem ist einige Zeit vergangen, ohne daß man etwas Weiteres über die neuen militärischen Pläne gehört hätte. Jetzt liegen wieder Meldungen vor, die bestätigen, daß man erfüllt am Werke ist, dem Volke demnächst abermals eine Militärvorlage zu präsentieren. So schreibt die „Reinisch-Preussische Zeitung“, das Organ der Panzerpatentpatronen: „Wie vorausgesetzt war, erheben sich jetzt Stimmen in leitenden militärischen Kreisen, welche Ergänzungen zu den in diesem Sommer dem Reichstage bewilligten Heeresvermehrungsgeheiß verlangen. Es liegt in der Natur der Sache, daß solche Forderungen kommen müßten, da man den durch die Heeresvermehrung notwendig werdenden Ergänzungbedarf im voraus nicht so genau übersehen konnte.“ Wie dem Blatt gemeldet wird, verläutet von „höher militärischer Seite“, daß „als unumgänglich abzuleitende der Infanterie infolge des großen Pferdezuwachses durch Zuchtstämme, Stabshauptleute sowie Maschinenverwaltungen dem Reichstag vorgelegt werden. Außerdem sind Infanterie-Regimenten für Reiter und Jäger der

Maschinengewehrkompanien geplant.“ Alle diese „Ergänzungen“ stellen natürlich wieder Millionenforderungen dar. Aber damit sind die Wünsche unserer Rüstungspatrioten noch bei weitem nicht erschöpft. Auch der Wehrverein tritt mit einem Programm für eine weitere Heeresvermehrung hervor. Dieses Programm erstreckt in erster Linie die Verlängerung der aktiven Dienstzeit auf dem Verdunungswege, das heißt unter Ausschaltung des Reichstages. Es soll der Heeresverwaltung durch ein Gesetz das Recht eingeräumt werden, den zur Entlassung stehenden Jahrgang auf die Dauer von sechs Monaten länger bei der Fahne zu behalten, also die Dienstzeit von 24 auf 30 Monate zu erhöhen. Dazu wird bemerkt, daß diese Maßregel nur im Notfall ergriffen werden solle. Aber man glaubt die Herzen vom Wehrverein damit hinter sich führen zu können? Wenn einmal der obersten Kommandogewalt das Recht zusteht, darüber zu entscheiden, ob ein „Notfall“ vorliegt oder nicht, dann dürfen wir sicher sein, daß er stets als gegeben erachtet wird. Ein vorzeitiger Plan, den sich die „vaterländische Gefühlsfähigkeit“ ausgeklügelt hat. Weiter enthält das Programm des Wehrvereins die Forderung nach einer Vermehrung des Trains und der Pionier-, Kavallerie- und Infanterieeinheiten. Das zwischen Wehrverein und den hohen militärischen Stellen „enge Beziehungen bestehen und daß dessen Wünsche im wesentlichen auch die Wünsche der Heeresverwaltung sind, ist nachgerade zu bekannt, als daß nicht angenommen werden könnte, daß man auch hier bald mit diesen „Ergänzungsforderungen“ kommen wird. Jedenfalls sind wir über die Frage: wird eine neue Militärvorlage in Waide kommen, hinaus; die Frage kann nur noch sein: wann und wie wird sie eingereicht werden? Die letztere Frage ist wohl einigermaßen überflüssig, denn wieder eine Versteuerung des Wehres wie bei der Wehrvorlage vorzunehmen, wird man nicht wagen; stattdessen wird man zu dem „bewährten“ System der indirekten Steuern greifen und den Massen des Volkes zu den schon bestehenden ungeheuerlichen Lasten neue auferlegen!

Wenn nur den hohen militärischen Stellen und der Regierung einmal die Erkenntnis aufgehen möchte, wie sehr sie sich durch unaufrichtige Steigerung der Rüstungsanstrengungen und das damit verbundene System der Zölle und indirekten Steuern an der wahren Wehrkraft der Nation, der Volksgesundheit, verunzigen. Hat doch dieses System zur notwendigen Folge eine lähmende Verschlechterung der Lebenshaltung, eine Unterernährung, eine Verelendung, gerade jener Kreise, auf denen die Wehrkraft der Nation beruht. Der fortwährende Rückgang der Geburtenziffer, den die Statistik aufweist, und der zum großen Teil zurückzuführen ist auf die Lebensmittelmangel, spricht Bände. So betrug die Geburtenziffer im Jahre 1901 die jährliche Geburtenziffer auf 1000 Einwohner in Deutschland nur von 38,7 auf 38,9, somit in 20 Jahren nur um 1,8; in den folgenden fünf Jahren betrug der Rückgang schon 2,8 auf 34,1, in den nächsten fünf Jahren gar 4,8 auf 29,5. Und selbst hat der Rückgang zweifelslos weitere Fortschritte gemacht. Man sieht also, wie der Geburtenrückgang zusammenfällt mit der Vera der stärksten Verelendung der Lebensmittel. Das ist eine Tatsache, an der nicht zu rütteln ist, und doch gibt es Leute, die zwar wissenschaftlich gebildete Leute, die die Richtigkeit dessen, was die Statistik ablesungsgemäß hat, doch trotzdem in überheblicher Weise behaupten, daß die Geburtenrückgang nur auf die Lebensmittelmangel zurückzuführen ist, und daß die Geburtenrückgang der Deutschen Reichs für öffentliche Gesundheitspflege zu Wagen unter andern gesagt: „Wird doch hier man die Meinung, der Rückgang der Geburten liege daran, daß die wirtschaftlichen Bedingungen heuteutage erschwerter sind. Im Gegenteil, in keiner Zeit seit es den Arbeiterfamilien besser gegangen als heute. Der wachsende Wohlstand hat uns allen die Möglichkeit gegeben, das Blut raffinierter Genüsse zu kosten, und mit unerlässlicher Gier erfüllt, Genuß auf Genuß zu häufen.“ Ein solches Argument bedürfte diese Ausführungen nicht. Wir oegentlichem in den Verein für öffentliche Gesundheitspflege auf dieser Woche der wissenschaftlichen „Wissenschaft“, auf die sich zu beziehen unsere Panzer und Kavallerie bei den Kämpfen um den neuen Postarat nicht befehlen sollten! Bekanntlich sympathisiert der Herr Professor im Punkte der Kampfung des Geburtenrückganges mit den „Reinischen“, die der Minister des Innern jetzt dagegen getroffen hat. Der Minister hat nämlich, wie eine Berliner Korrespondenz berichtet, über die Ursachen des Geburtenrückganges eine Umfrage veranstaltet, wobei sich ergeben habe, „daß allerlei Mittel dabei in großem Umfange angewendet, betrieben und verwendet werden.“ Der weiteren Ausbreitung zu begegnen, sind die Oberstaatsanwälte angewiesen worden, zu veranlassen, daß die Anklagen gegen die Professoren der Medizin mit größtem Nachdruck einzusetzen.“ Also gegen den Geburtenrückgang wird der Staatsanwalt mobil gemacht! Auch dieser Erfolg ist ein Kulturdomat unserer Zeit, zeigt er doch, wie verständnislos unsere Regierungsorgane erweisen und heuchlerischen Sozialerklärungen gegenüberstellen! Man erwidere den Armen und Vermitteln nicht bedächtig die Erläuterungslust durch eine auf kleine Schmarotzerklassen zugeschnittene veredeltliche Sozialpolitik, und man wird sehen, daß der Geburtenrückgang aufhört. Das ist der einzige Weg, dem lieber zu steuern, gegen das alle Staatsanwälte der Welt nichts ausrichten können.

Wohu man doch überhaupt in unferne gepreijener „Rechtsstaate“ des Staatsanwalts zu bedürfen glaubt! Auch zur Anwendung der „Gesetze“ des Massenstreiks erst man nach ihm. Die Garantierungen der Massenstreikfrage vor und auf dem Jenaer Parteitag sind unsere „Ordnungspolitiker“ trotz des Jenaer Beschlusses doch in die Glieder gefahren und Kramphölz finden sie darüber, wie der „Gesetz“ beizulegen vorzubringen ist. Ein Parteimann ist dabei auf den großartigen Gedanken gekommen, dem Massenstreik strafrechtlich nach § 105 des Strafgesetzbuches beizufügen! Nach diesem Paragraphen wird nämlich derjenige mit Zuschuß nicht unter fünf Jahren oder mit Festungshaft von gleicher Dauer bestraft, der es unternimmt, eine gezielte Versammlung eines Unbestimmten zur Fassung von Beschlüssen zu nötigen. Es braucht nicht erst nachgewiesen zu werden, daß der Versuch, Massenstreik unter diese Strafbestrafung zu bringen, Unmöglich ist. Unsere Reaktionäre und Schärffacher stellen sich in ihrem Kampf gegen den Massenstreik oft wirklich im Unsinne! Auch die „Kraft“ und die konsequente „Gesellschaftliche Zeitung“ befaßt sich mit der Frage. Erstere fordert, daß „unser Strafgesetzbuch durch entsprechende Bestimmungen wirksamer Natur zu ergänzen“ sei; Letztere verlangt nicht nur ein scharfes Vorgehen der Regierung gegen den Massenstreik selbst, sondern sogar gegen jede öffentliche Unterstützung dieses Streiks; denn es sei „der helle Mord, der sich hier an dem Tagelöhner“ vollzieht. Pflicht der Regierung sei es, „aus ihrer verantwortlichen Haltung, die ihre Gegner doch nur als Feiglinge auslegen, herauszutreten, den Massenstreik mit dem Feuer, der Verbrennung für den Versuch, Unmöglich ist. Unsere Reaktionäre und Schärffacher stellen sich in ihrem Kampf gegen den Massenstreik oft wirklich im Unsinne! Auch die „Kraft“ und die konsequente „Gesellschaftliche Zeitung“ befaßt sich mit der Frage. Erstere fordert, daß „unser Strafgesetzbuch durch entsprechende Bestimmungen wirksamer Natur zu ergänzen“ sei; Letztere verlangt nicht nur ein scharfes Vorgehen der Regierung gegen den Massenstreik selbst, sondern sogar gegen jede öffentliche Unterstützung dieses Streiks; denn es sei „der helle Mord, der sich hier an dem Tagelöhner“ vollzieht. Pflicht der Regierung sei es, „aus ihrer verantwortlichen Haltung, die ihre Gegner doch nur als Feiglinge auslegen, herauszutreten, den Massenstreik mit dem Feuer, der Verbrennung für den Versuch, Unmöglich ist. Unsere Reaktionäre und Schärffacher stellen sich in ihrem Kampf gegen den Massenstreik oft wirklich im Unsinne! Auch die „Kraft“ und die konsequente „Gesellschaftliche Zeitung“ befaßt sich mit der Frage. Erstere fordert, daß „unser Strafgesetzbuch durch entsprechende Bestimmungen wirksamer Natur zu ergänzen“ sei; Letztere verlangt nicht nur ein scharfes Vorgehen der Regierung gegen den Massenstreik selbst, sondern sogar gegen jede öffentliche Unterstützung dieses Streiks; denn es sei „der helle Mord, der sich hier an dem Tagelöhner“ vollzieht. Pflicht der Regierung sei es, „aus ihrer verantwortlichen Haltung, die ihre Gegner doch nur als Feiglinge auslegen, herauszutreten, den Massenstreik mit dem Feuer, der Verbrennung für den Versuch, Unmöglich ist. Unsere Reaktionäre und Schärffacher stellen sich in ihrem Kampf gegen den Massenstreik oft wirklich im Unsinne! Auch die „Kraft“ und die konsequente „Gesellschaftliche Zeitung“ befaßt sich mit der Frage. Erstere fordert, daß „unser Strafgesetzbuch durch entsprechende Bestimmungen wirksamer Natur zu ergänzen“ sei; Letztere verlangt nicht nur ein scharfes Vorgehen der Regierung gegen den Massenstreik selbst, sondern sogar gegen jede öffentliche Unterstützung dieses Streiks; denn es sei „der helle Mord, der sich hier an dem Tagelöhner“ vollzieht. Pflicht der Regierung sei es, „aus ihrer verantwortlichen Haltung, die ihre Gegner doch nur als Feiglinge auslegen, herauszutreten, den Massenstreik mit dem Feuer, der Verbrennung für den Versuch, Unmöglich ist. Unsere Reaktionäre und Schärffacher stellen sich in ihrem Kampf gegen den Massenstreik oft wirklich im Unsinne! Auch die „Kraft“ und die konsequente „Gesellschaftliche Zeitung“ befaßt sich mit der Frage. Erstere fordert, daß „unser Strafgesetzbuch durch entsprechende Bestimmungen wirksamer Natur zu ergänzen“ sei; Letztere verlangt nicht nur ein scharfes Vorgehen der Regierung gegen den Massenstreik selbst, sondern sogar gegen jede öffentliche Unterstützung dieses Streiks; denn es sei „der helle Mord, der sich hier an dem Tagelöhner“ vollzieht. Pflicht der Regierung sei es, „aus ihrer verantwortlichen Haltung, die ihre Gegner doch nur als Feiglinge auslegen, herauszutreten, den Massenstreik mit dem Feuer, der Verbrennung für den Versuch, Unmöglich ist. Unsere Reaktionäre und Schärffacher stellen sich in ihrem Kampf gegen den Massenstreik oft wirklich im Unsinne! Auch die „Kraft“ und die konsequente „Gesellschaftliche Zeitung“ befaßt sich mit der Frage. Erstere fordert, daß „unser Strafgesetzbuch durch entsprechende Bestimmungen wirksamer Natur zu ergänzen“ sei; Letztere verlangt nicht nur ein scharfes Vorgehen der Regierung gegen den Massenstreik selbst, sondern sogar gegen jede öffentliche Unterstützung dieses Streiks; denn es sei „der helle Mord, der sich hier an dem Tagelöhner“ vollzieht. Pflicht der Regierung sei es, „aus ihrer verantwortlichen Haltung, die ihre Gegner doch nur als Feiglinge auslegen, herauszutreten, den Massenstreik mit dem Feuer, der Verbrennung für den Versuch, Unmöglich ist. Unsere Reaktionäre und Schärffacher stellen sich in ihrem Kampf gegen den Massenstreik oft wirklich im Unsinne! Auch die „Kraft“ und die konsequente „Gesellschaftliche Zeitung“ befaßt sich mit der Frage. Erstere fordert, daß „unser Strafgesetzbuch durch entsprechende Bestimmungen wirksamer Natur zu ergänzen“ sei; Letztere verlangt nicht nur ein scharfes Vorgehen der Regierung gegen den Massenstreik selbst, sondern sogar gegen jede öffentliche Unterstützung dieses Streiks; denn es sei „der helle Mord, der sich hier an dem Tagelöhner“ vollzieht. Pflicht der Regierung sei es, „aus ihrer verantwortlichen Haltung, die ihre Gegner doch nur als Feiglinge auslegen, herauszutreten, den Massenstreik mit dem Feuer, der Verbrennung für den Versuch, Unmöglich ist. Unsere Reaktionäre und Schärffacher stellen sich in ihrem Kampf gegen den Massenstreik oft wirklich im Unsinne! Auch die „Kraft“ und die konsequente „Gesellschaftliche Zeitung“ befaßt sich mit der Frage. Erstere fordert, daß „unser Strafgesetzbuch durch entsprechende Bestimmungen wirksamer Natur zu ergänzen“ sei; Letztere verlangt nicht nur ein scharfes Vorgehen der Regierung gegen den Massenstreik selbst, sondern sogar gegen jede öffentliche Unterstützung dieses Streiks; denn es sei „der helle Mord, der sich hier an dem Tagelöhner“ vollzieht. Pflicht der Regierung sei es, „aus ihrer verantwortlichen Haltung, die ihre Gegner doch nur als Feiglinge auslegen, herauszutreten, den Massenstreik mit dem Feuer, der Verbrennung für den Versuch, Unmöglich ist. Unsere Reaktionäre und Schärffacher stellen sich in ihrem Kampf gegen den Massenstreik oft wirklich im Unsinne! Auch die „Kraft“ und die konsequente „Gesellschaftliche Zeitung“ befaßt sich mit der Frage. Erstere fordert, daß „unser Strafgesetzbuch durch entsprechende Bestimmungen wirksamer Natur zu ergänzen“ sei; Letztere verlangt nicht nur ein scharfes Vorgehen der Regierung gegen den Massenstreik selbst, sondern sogar gegen jede öffentliche Unterstützung dieses Streiks; denn es sei „der helle Mord, der sich hier an dem Tagelöhner“ vollzieht. Pflicht der Regierung sei es, „aus ihrer verantwortlichen Haltung, die ihre Gegner doch nur als Feiglinge auslegen, herauszutreten, den Massenstreik mit dem Feuer, der Verbrennung für den Versuch, Unmöglich ist. Unsere Reaktionäre und Schärffacher stellen sich in ihrem Kampf gegen den Massenstreik oft wirklich im Unsinne! Auch die „Kraft“ und die konsequente „Gesellschaftliche Zeitung“ befaßt sich mit der Frage. Erstere fordert, daß „unser Strafgesetzbuch durch entsprechende Bestimmungen wirksamer Natur zu ergänzen“ sei; Letztere verlangt nicht nur ein scharfes Vorgehen der Regierung gegen den Massenstreik selbst, sondern sogar gegen jede öffentliche Unterstützung dieses Streiks; denn es sei „der helle Mord, der sich hier an dem Tagelöhner“ vollzieht. Pflicht der Regierung sei es, „aus ihrer verantwortlichen Haltung, die ihre Gegner doch nur als Feiglinge auslegen, herauszutreten, den Massenstreik mit dem Feuer, der Verbrennung für den Versuch, Unmöglich ist. Unsere Reaktionäre und Schärffacher stellen sich in ihrem Kampf gegen den Massenstreik oft wirklich im Unsinne! Auch die „Kraft“ und die konsequente „Gesellschaftliche Zeitung“ befaßt sich mit der Frage. Erstere fordert, daß „unser Strafgesetzbuch durch entsprechende Bestimmungen wirksamer Natur zu ergänzen“ sei; Letztere verlangt nicht nur ein scharfes Vorgehen der Regierung gegen den Massenstreik selbst, sondern sogar gegen jede öffentliche Unterstützung dieses Streiks; denn es sei „der helle Mord, der sich hier an dem Tagelöhner“ vollzieht. Pflicht der Regierung sei es, „aus ihrer verantwortlichen Haltung, die ihre Gegner doch nur als Feiglinge auslegen, herauszutreten, den Massenstreik mit dem Feuer, der Verbrennung für den Versuch, Unmöglich ist. Unsere Reaktionäre und Schärffacher stellen sich in ihrem Kampf gegen den Massenstreik oft wirklich im Unsinne! Auch die „Kraft“ und die konsequente „Gesellschaftliche Zeitung“ befaßt sich mit der Frage. Erstere fordert, daß „unser Strafgesetzbuch durch entsprechende Bestimmungen wirksamer Natur zu ergänzen“ sei; Letztere verlangt nicht nur ein scharfes Vorgehen der Regierung gegen den Massenstreik selbst, sondern sogar gegen jede öffentliche Unterstützung dieses Streiks; denn es sei „der helle Mord, der sich hier an dem Tagelöhner“ vollzieht. Pflicht der Regierung sei es, „aus ihrer verantwortlichen Haltung, die ihre Gegner doch nur als Feiglinge auslegen, herauszutreten, den Massenstreik mit dem Feuer, der Verbrennung für den Versuch, Unmöglich ist. Unsere Reaktionäre und Schärffacher stellen sich in ihrem Kampf gegen den Massenstreik oft wirklich im Unsinne! Auch die „Kraft“ und die konsequente „Gesellschaftliche Zeitung“ befaßt sich mit der Frage. Erstere fordert, daß „unser Strafgesetzbuch durch entsprechende Bestimmungen wirksamer Natur zu ergänzen“ sei; Letztere verlangt nicht nur ein scharfes Vorgehen der Regierung gegen den Massenstreik selbst, sondern sogar gegen jede öffentliche Unterstützung dieses Streiks; denn es sei „der helle Mord, der sich hier an dem Tagelöhner“ vollzieht. Pflicht der Regierung sei es, „aus ihrer verantwortlichen Haltung, die ihre Gegner doch nur als Feiglinge auslegen, herauszutreten, den Massenstreik mit dem Feuer, der Verbrennung für den Versuch, Unmöglich ist. Unsere Reaktionäre und Schärffacher stellen sich in ihrem Kampf gegen den Massenstreik oft wirklich im Unsinne! Auch die „Kraft“ und die konsequente „Gesellschaftliche Zeitung“ befaßt sich mit der Frage. Erstere fordert, daß „unser Strafgesetzbuch durch entsprechende Bestimmungen wirksamer Natur zu ergänzen“ sei; Letztere verlangt nicht nur ein scharfes Vorgehen der Regierung gegen den Massenstreik selbst, sondern sogar gegen jede öffentliche Unterstützung dieses Streiks; denn es sei „der helle Mord, der sich hier an dem Tagelöhner“ vollzieht. Pflicht der Regierung sei es, „aus ihrer verantwortlichen Haltung, die ihre Gegner doch nur als Feiglinge auslegen, herauszutreten, den Massenstreik mit dem Feuer, der Verbrennung für den Versuch, Unmöglich ist. Unsere Reaktionäre und Schärffacher stellen sich in ihrem Kampf gegen den Massenstreik oft wirklich im Unsinne! Auch die „Kraft“ und die konsequente „Gesellschaftliche Zeitung“ befaßt sich mit der Frage. Erstere fordert, daß „unser Strafgesetzbuch durch entsprechende Bestimmungen wirksamer Natur zu ergänzen“ sei; Letztere verlangt nicht nur ein scharfes Vorgehen der Regierung gegen den Massenstreik selbst, sondern sogar gegen jede öffentliche Unterstützung dieses Streiks; denn es sei „der helle Mord, der sich hier an dem Tagelöhner“ vollzieht. Pflicht der Regierung sei es, „aus ihrer verantwortlichen Haltung, die ihre Gegner doch nur als Feiglinge auslegen, herauszutreten, den Massenstreik mit dem Feuer, der Verbrennung für den Versuch, Unmöglich ist. Unsere Reaktionäre und Schärffacher stellen sich in ihrem Kampf gegen den Massenstreik oft wirklich im Unsinne! Auch die „Kraft“ und die konsequente „Gesellschaftliche Zeitung“ befaßt sich mit der Frage. Erstere fordert, daß „unser Strafgesetzbuch durch entsprechende Bestimmungen wirksamer Natur zu ergänzen“ sei; Letztere verlangt nicht nur ein scharfes Vorgehen der Regierung gegen den Massenstreik selbst, sondern sogar gegen jede öffentliche Unterstützung dieses Streiks; denn es sei „der helle Mord, der sich hier an dem Tagelöhner“ vollzieht. Pflicht der Regierung sei es, „aus ihrer verantwortlichen Haltung, die ihre Gegner doch nur als Feiglinge auslegen, herauszutreten, den Massenstreik mit dem Feuer, der Verbrennung für den Versuch, Unmöglich ist. Unsere Reaktionäre und Schärffacher stellen sich in ihrem Kampf gegen den Massenstreik oft wirklich im Unsinne! Auch die „Kraft“ und die konsequente „Gesellschaftliche Zeitung“ befaßt sich mit der Frage. Erstere fordert, daß „unser Strafgesetzbuch durch entsprechende Bestimmungen wirksamer Natur zu ergänzen“ sei; Letztere verlangt nicht nur ein scharfes Vorgehen der Regierung gegen den Massenstreik selbst, sondern sogar gegen jede öffentliche Unterstützung dieses Streiks; denn es sei „der helle Mord, der sich hier an dem Tagelöhner“ vollzieht. Pflicht der Regierung sei es, „aus ihrer verantwortlichen Haltung, die ihre Gegner doch nur als Feiglinge auslegen, herauszutreten, den Massenstreik mit dem Feuer, der Verbrennung für den Versuch, Unmöglich ist. Unsere Reaktionäre und Schärffacher stellen sich in ihrem Kampf gegen den Massenstreik oft wirklich im Unsinne! Auch die „Kraft“ und die konsequente „Gesellschaftliche Zeitung“ befaßt sich mit der Frage. Erstere fordert, daß „unser Strafgesetzbuch durch entsprechende Bestimmungen wirksamer Natur zu ergänzen“ sei; Letztere verlangt nicht nur ein scharfes Vorgehen der Regierung gegen den Massenstreik selbst, sondern sogar gegen jede öffentliche Unterstützung dieses Streiks; denn es sei „der helle Mord, der sich hier an dem Tagelöhner“ vollzieht. Pflicht der Regierung sei es, „aus ihrer verantwortlichen Haltung, die ihre Gegner doch nur als Feiglinge auslegen, herauszutreten, den Massenstreik mit dem Feuer, der Verbrennung für den Versuch, Unmöglich ist. Unsere Reaktionäre und Schärffacher stellen sich in ihrem Kampf gegen den Massenstreik oft wirklich im Unsinne! Auch die „Kraft“ und die konsequente „Gesellschaftliche Zeitung“ befaßt sich mit der Frage. Erstere fordert, daß „unser Strafgesetzbuch durch entsprechende Bestimmungen wirksamer Natur zu ergänzen“ sei; Letztere verlangt nicht nur ein scharfes Vorgehen der Regierung gegen den Massenstreik selbst, sondern sogar gegen jede öffentliche Unterstützung dieses Streiks; denn es sei „der helle Mord, der sich hier an dem Tagelöhner“ vollzieht. Pflicht der Regierung sei es, „aus ihrer verantwortlichen Haltung, die ihre Gegner doch nur als Feiglinge auslegen, herauszutreten, den Massenstreik mit dem Feuer, der Verbrennung für den Versuch, Unmöglich ist. Unsere Reaktionäre und Schärffacher stellen sich in ihrem Kampf gegen den Massenstreik oft wirklich im Unsinne! Auch die „Kraft“ und die konsequente „Gesellschaftliche Zeitung“ befaßt sich mit der Frage. Erstere fordert, daß „unser Strafgesetzbuch durch entsprechende Bestimmungen wirksamer Natur zu ergänzen“ sei; Letztere verlangt nicht nur ein scharfes Vorgehen der Regierung gegen den Massenstreik selbst, sondern sogar gegen jede öffentliche Unterstützung dieses Streiks; denn es sei „der helle Mord, der sich hier an dem Tagelöhner“ vollzieht. Pflicht der Regierung sei es, „aus ihrer verantwortlichen Haltung, die ihre Gegner doch nur als Feiglinge auslegen, herauszutreten, den Massenstreik mit dem Feuer, der Verbrennung für den Versuch, Unmöglich ist. Unsere Reaktionäre und Schärffacher stellen sich in ihrem Kampf gegen den Massenstreik oft wirklich im Unsinne! Auch die „Kraft“ und die konsequente „Gesellschaftliche Zeitung“ befaßt sich mit der Frage. Erstere fordert, daß „unser Strafgesetzbuch durch entsprechende Bestimmungen wirksamer Natur zu ergänzen“ sei; Letztere verlangt nicht nur ein scharfes Vorgehen der Regierung gegen den Massenstreik selbst, sondern sogar gegen jede öffentliche Unterstützung dieses Streiks; denn es sei „der helle Mord, der sich hier an dem Tagelöhner“ vollzieht. Pflicht der Regierung sei es, „aus ihrer verantwortlichen Haltung, die ihre Gegner doch nur als Feiglinge auslegen, herauszutreten, den Massenstreik mit dem Feuer, der Verbrennung für den Versuch, Unmöglich ist. Unsere Reaktionäre und Schärffacher stellen sich in ihrem Kampf gegen den Massenstreik oft wirklich im Unsinne! Auch die „Kraft“ und die konsequente „Gesellschaftliche Zeitung“ befaßt sich mit der Frage. Erstere fordert, daß „unser Strafgesetzbuch durch entsprechende Bestimmungen wirksamer Natur zu ergänzen“ sei; Letztere verlangt nicht nur ein scharfes Vorgehen der Regierung gegen den Massenstreik selbst, sondern sogar gegen jede öffentliche Unterstützung dieses Streiks; denn es sei „der helle Mord, der sich hier an dem Tagelöhner“ vollzieht. Pflicht der Regierung sei es, „aus ihrer verantwortlichen Haltung, die ihre Gegner doch nur als Feiglinge auslegen, herauszutreten, den Massenstreik mit dem Feuer, der Verbrennung für den Versuch, Unmöglich ist. Unsere Reaktionäre und Schärffacher stellen sich in ihrem Kampf gegen den Massenstreik oft wirklich im Unsinne! Auch die „Kraft“ und die konsequente „Gesellschaftliche Zeitung“ befaßt sich mit der Frage. Erstere fordert, daß „unser Strafgesetzbuch durch entsprechende Bestimmungen wirksamer Natur zu ergänzen“ sei; Letztere verlangt nicht nur ein scharfes Vorgehen der Regierung gegen den Massenstreik selbst, sondern sogar gegen jede öffentliche Unterstützung dieses Streiks; denn es sei „der helle Mord, der sich hier an dem Tagelöhner“ vollzieht. Pflicht der Regierung sei es, „aus ihrer verantwortlichen Haltung, die ihre Gegner doch nur als Feiglinge auslegen, herauszutreten, den Massenstreik mit dem Feuer, der Verbrennung für den Versuch, Unmöglich ist. Unsere Reaktionäre und Schärffacher stellen sich in ihrem Kampf gegen den Massenstreik oft wirklich im Unsinne! Auch die „Kraft“ und die konsequente „Gesellschaftliche Zeitung“ befaßt sich mit der Frage. Erstere fordert, daß „unser Strafgesetzbuch durch entsprechende Bestimmungen wirksamer Natur zu ergänzen“ sei; Letztere verlangt nicht nur ein scharfes Vorgehen der Regierung gegen den Massenstreik selbst, sondern sogar gegen jede öffentliche Unterstützung dieses Streiks; denn es sei „der helle Mord, der sich hier an dem Tagelöhner“ vollzieht. Pflicht der Regierung sei es, „aus ihrer verantwortlichen Haltung, die ihre Gegner doch nur als Feiglinge auslegen, herauszutreten, den Massenstreik mit dem Feuer, der Verbrennung für den Versuch, Unmöglich ist. Unsere Reaktionäre und Schärffacher stellen sich in ihrem Kampf gegen den Massenstreik oft wirklich im Unsinne! Auch die „Kraft“ und die konsequente „Gesellschaftliche Zeitung“ befaßt sich mit der Frage. Erstere fordert, daß „unser Strafgesetzbuch durch entsprechende Bestimmungen wirksamer Natur zu ergänzen“ sei; Letztere verlangt nicht nur ein scharfes Vorgehen der Regierung gegen den Massenstreik selbst, sondern sogar gegen jede öffentliche Unterstützung dieses Streiks; denn es sei „der helle Mord, der sich hier an dem Tagelöhner“ vollzieht. Pflicht der Regierung sei es, „aus ihrer verantwortlichen Haltung, die ihre Gegner doch nur als Feiglinge auslegen, herauszutreten, den Massenstreik mit dem Feuer, der Verbrennung für den Versuch, Unmöglich ist. Unsere Reaktionäre und Schärffacher stellen sich in ihrem Kampf gegen den Massenstreik oft wirklich im Unsinne! Auch die „Kraft“ und die konsequente „Gesellschaftliche Zeitung“ befaßt sich mit der Frage. Erstere fordert, daß „unser Strafgesetzbuch durch entsprechende Bestimmungen wirksamer Natur zu ergänzen“ sei; Letztere verlangt nicht nur ein scharfes Vorgehen der Regierung gegen den Massenstreik selbst, sondern sogar gegen jede öffentliche Unterstützung dieses Streiks; denn es sei „der helle Mord, der sich hier an dem Tagelöhner“ vollzieht. Pflicht der Regierung sei es, „aus ihrer verantwortlichen Haltung, die ihre Gegner doch nur als Feiglinge auslegen, herauszutreten, den Massenstreik mit dem Feuer, der Verbrennung für den Versuch, Unmöglich ist. Unsere Reaktionäre und Schärffacher stellen sich in ihrem Kampf gegen den Massenstreik oft wirklich im Unsinne! Auch die „Kraft“ und die konsequente „Gesellschaftliche Zeitung“ befaßt sich mit der Frage. Erstere fordert, daß „unser Strafgesetzbuch durch entsprechende Bestimmungen wirksamer Natur zu ergänzen“ sei; Letztere verlangt nicht nur ein scharfes Vorgehen der Regierung gegen den Massenstreik selbst, sondern sogar gegen jede öffentliche Unterstützung dieses Streiks; denn es sei „der helle Mord, der sich hier an dem Tagelöhner“ vollzieht. Pflicht der Regierung sei es, „aus ihrer verantwortlichen Haltung, die ihre Gegner doch nur als Feiglinge auslegen, herauszutreten, den Massenstreik mit dem Feuer, der Verbrennung für den Versuch, Unmöglich ist. Unsere Reaktionäre und Schärffacher stellen sich in ihrem Kampf gegen den Massenstreik oft wirklich im Unsinne! Auch die „Kraft“ und die konsequente „Gesellschaftliche Zeitung“ befaßt sich mit der Frage. Erstere fordert, daß „unser Strafgesetzbuch durch entsprechende Bestimmungen wirksamer Natur zu ergänzen“ sei; Letztere verlangt nicht nur ein scharfes Vorgehen der Regierung gegen den Massenstreik selbst, sondern sogar gegen jede öffentliche Unterstützung dieses Streiks; denn es sei „der helle Mord, der sich hier an dem Tagelöhner“ vollzieht. Pflicht der Regierung sei es, „aus ihrer verantwortlichen Haltung, die ihre Gegner doch nur als Feiglinge auslegen, herauszutreten, den Massenstreik mit dem Feuer, der Verbrennung für den Versuch, Unmöglich ist. Unsere Reaktionäre und Schärffacher stellen sich in ihrem Kampf gegen den Massenstreik oft wirklich im Unsinne! Auch die „Kraft“ und die konsequente „Gesellschaftliche Zeitung“ befaßt sich mit der Frage. Erstere fordert, daß „unser Strafgesetzbuch durch entsprechende Bestimmungen wirksamer Natur zu ergänzen“ sei; Letztere verlangt nicht nur ein scharfes Vorgehen der Regierung gegen den Massenstreik selbst, sondern sogar gegen jede öffentliche Unterstützung dieses Streiks; denn es sei „der helle Mord, der sich hier an dem Tagelöhner“ vollzieht. Pflicht der Regierung sei es, „aus ihrer verantwortlichen Haltung, die ihre Gegner doch nur als Feiglinge auslegen, herauszutreten, den Massenstreik mit dem Feuer, der Verbrennung für den Versuch, Unmöglich ist. Unsere Reaktionäre und Schärffacher stellen sich in ihrem Kampf gegen den Massenstreik oft wirklich im Unsinne! Auch die „Kraft“ und die konsequente „Gesellschaftliche Zeitung“ befaßt sich mit der Frage. Erstere fordert, daß „unser Strafgesetzbuch durch entsprechende Bestimmungen wirksamer Natur zu ergänzen“ sei; Letztere verlangt nicht nur ein scharfes Vorgehen der Regierung gegen den Massenstreik selbst, sondern sogar gegen jede öffentliche Unterstützung dieses Streiks; denn es sei „der helle Mord, der sich hier an dem Tagelöhner“ vollzieht. Pflicht der Regierung sei es, „aus ihrer verantwortlichen Haltung, die ihre Gegner doch nur als Feiglinge auslegen, herauszutreten, den Massenstreik mit dem Feuer, der Verbrennung für den Versuch, Unmöglich ist. Unsere Reaktionäre und Schärffacher stellen sich in ihrem Kampf gegen den Massenstreik oft wirklich im Unsinne! Auch die „Kraft“ und die konsequente „Gesellschaftliche Zeitung“ befaßt sich mit der Frage. Erstere fordert, daß „unser Strafgesetzbuch durch entsprechende Bestimmungen wirksamer Natur zu ergänzen“ sei; Letztere verlangt nicht nur ein scharfes Vorgehen der Regierung gegen den Massenstreik selbst, sondern sogar gegen jede öffentliche Unterstützung dieses Streiks; denn es sei „der helle Mord, der sich hier an dem Tagelöhner“ vollzieht. Pflicht der Regierung sei es, „aus ihrer verantwortlichen Haltung, die ihre Gegner doch nur als Feiglinge auslegen, herauszutreten, den Massenstreik mit dem Feuer, der Verbrennung für den Versuch, Unmöglich ist. Unsere Reaktionäre und Schärffacher stellen sich in ihrem Kampf gegen den Massenstreik oft wirklich im Unsinne! Auch die „Kraft“ und die konsequente „Gesellschaftliche Zeitung“ befaßt sich mit der Frage. Erstere fordert, daß „unser Strafgesetzbuch durch entsprechende Bestimmungen wirksamer Natur zu ergänzen“ sei; Letztere verlangt nicht nur ein scharfes Vorgehen der Regierung gegen den Massenstreik selbst, sondern sogar gegen jede öffentliche Unterstützung dieses Streiks; denn es sei „der helle Mord, der sich hier an dem Tagelöhner“ vollzieht. Pflicht der Regierung sei es, „aus ihrer verantwortlichen Haltung, die ihre Gegner doch nur als Feiglinge auslegen, herauszutreten, den Massenstreik mit dem Feuer, der Verbrennung für den Versuch, Unmöglich ist. Unsere Reaktionäre und Schärffacher stellen sich in ihrem Kampf gegen den Massenstreik oft wirklich im Unsinne! Auch die „Kraft“ und die konsequente „Gesellschaftliche Zeitung“ befaßt sich mit der Frage. Erstere fordert, daß „unser Strafgesetzbuch durch entsprechende Bestimmungen wirksamer Natur zu ergänzen“ sei; Letztere verlangt nicht nur ein scharfes Vorgehen der Regierung gegen den Massenstreik selbst, sondern sogar gegen jede öffentliche Unterstützung dieses Streiks; denn es sei „der helle Mord, der sich hier an dem Tagelöhner“ vollzieht. Pflicht der Regierung sei es, „aus ihrer verantwortlichen Haltung, die ihre Gegner doch nur als Feiglinge auslegen, herauszutreten, den Massenstreik mit dem Feuer, der Verbrennung für den Versuch, Unmöglich ist. Unsere Reaktionäre und Schärffacher stellen sich in ihrem Kampf gegen den Massenstreik oft wirklich im Unsinne! Auch die „Kraft“ und die konsequente „Gesellschaftliche Zeitung“ befaßt sich mit der Frage. Erstere fordert, daß „unser Strafgesetzbuch durch entsprechende Bestimmungen wirksamer Natur zu ergänzen“ sei; Letztere verlangt nicht nur ein scharfes Vorgehen der Regierung gegen den Massenstreik selbst, sondern sogar gegen jede öffentliche Unterstützung dieses Streiks; denn es sei „der helle Mord, der sich hier an dem Tagelöhner“ vollzieht. Pflicht der Regierung sei es, „aus ihrer verantwortlichen Haltung, die ihre Gegner doch nur als Feiglinge auslegen, herauszutreten, den Massenstreik mit dem Feuer, der Verbrennung für den Versuch, Unmöglich ist. Unsere Reaktionäre und Schärffacher stellen sich in ihrem Kampf gegen den Massenstreik oft wirklich im Unsinne! Auch die „Kraft“ und die konsequente „Gesellschaftliche Zeitung“ befaßt sich mit der Frage. Erstere fordert, daß „unser Strafgesetzbuch durch entsprechende Bestimmungen wirksamer Natur zu ergänzen“ sei; Letztere verlangt nicht nur ein scharfes Vorgehen der Regierung gegen den Massenstreik selbst, sondern sogar gegen jede öffentliche Unterstützung dieses Streiks; denn es sei „der helle Mord, der sich hier an dem Tagelöhner“ vollzieht. Pflicht der Regierung sei es, „aus ihrer verantwortlichen Haltung, die ihre Gegner doch nur als Feiglinge auslegen, herauszutreten, den Massenstreik mit dem Feuer, der Verbrennung für den Versuch, Unmöglich ist. Unsere Reaktionäre und Schärffacher stellen sich in ihrem Kampf gegen den Massenstreik oft wirklich im Unsinne! Auch die „Kraft“ und die konsequente „Gesellschaftliche Zeitung“ befaßt sich mit der Frage. Erstere fordert, daß „unser Strafgesetzbuch durch entsprechende Bestimmungen wirksamer Natur zu ergänzen“ sei; Letztere verlangt nicht nur ein scharfes Vorgehen der Regierung gegen den Massenstreik selbst, sondern sogar gegen jede öffentliche Unterstützung dieses Streiks; denn es sei „der helle Mord, der sich hier an dem Tagelöhner“ vollzieht. Pflicht der Regierung sei es, „aus ihrer verantwortlichen Haltung, die ihre Gegner doch nur als Feiglinge auslegen, herauszutreten, den Massenstreik mit dem Feuer, der Verbrennung für den Versuch, Unmöglich ist. Unsere Reaktionäre und Schärffacher stellen sich in ihrem Kampf gegen den Massenstreik oft wirklich im Unsinne! Auch die „Kraft“ und die konsequente „Gesellschaftliche Zeitung“ befaßt sich mit der Frage. Erstere fordert, daß „unser Strafgesetzbuch durch entsprechende Bestimmungen wirksamer Natur zu ergänzen“ sei; Letztere verlangt nicht nur ein scharfes Vorgehen der Regierung gegen den Massenstreik selbst, sondern sogar gegen jede öffentliche Unterstützung dieses Streiks; denn es sei „der helle Mord, der sich hier an dem Tagelöhner“ vollzieht. Pflicht der Regierung sei es, „aus ihrer verantwortlichen Haltung, die ihre Gegner doch nur als Feiglinge auslegen, herauszutreten, den Massenstreik mit dem Feuer, der Verbrennung für den Versuch, Unmöglich ist. Unsere Reaktionäre und Schärffacher stellen sich in ihrem Kampf gegen den Massenstreik oft wirklich im Unsinne! Auch die „Kraft“ und die konsequente „Gesellschaftliche Zeitung“ befaßt sich mit der Frage. Erstere fordert, daß „unser Strafgesetzbuch durch entsprechende Bestimmungen wirksamer Natur zu ergänzen“ sei; Letztere verlangt nicht nur ein scharfes Vorgehen der Regierung gegen den Massenstreik selbst, sondern sogar gegen jede öffentliche Unterstützung dieses Streiks; denn es sei „der helle Mord, der sich hier an dem Tagelöhner“ vollzieht. Pflicht der Regierung sei es, „aus ihrer verantwortlichen Haltung, die ihre Gegner doch nur als Feiglinge auslegen, herauszutreten, den Massenstreik mit dem Feuer, der Verbrennung für den Versuch, Unmöglich ist. Unsere Reaktionäre und Schärffacher stellen sich in ihrem Kampf gegen den Massenstreik oft wirklich im Unsinne! Auch die „Kraft“ und die konsequente „Gesellschaftliche Zeitung“ befaßt sich mit der Frage. Erstere fordert, daß „unser Strafgesetzbuch durch entsprechende Bestimmungen wirksamer Natur zu ergänzen“ sei; Letztere verlangt nicht nur ein scharfes Vorgehen der Regierung gegen den Massenstreik selbst, sondern sogar gegen jede öffentliche Unterstützung dieses Streiks; denn es sei „der helle Mord, der sich hier an dem Tagelöhner“ vollzieht. Pflicht der Regierung sei es, „aus ihrer verantwortlichen Haltung, die ihre Gegner doch nur als Feiglinge auslegen, herauszutreten, den Massenstreik mit dem Feuer, der Verbrennung für den Versuch, Unmöglich ist. Unsere Reaktionäre und Schärffacher stellen sich in ihrem Kampf gegen den Massenstreik oft wirklich im Unsinne! Auch die „Kraft“ und die konsequente „Gesellschaftliche Zeitung“ befaßt sich mit der Frage. Erstere fordert, daß „unser Strafgesetzbuch durch entsprechende Bestimmungen wirksamer Natur zu ergänzen“ sei; Letztere verlangt nicht nur ein scharfes Vorgehen der Regierung gegen den Massenstreik selbst, sondern sogar gegen jede öffentliche Unterstützung dieses Streiks; denn es sei „der helle Mord, der sich hier an dem Tagelöhner“ vollzieht. Pflicht der Regierung sei es, „aus ihrer verantwortlichen Haltung, die ihre Gegner doch nur als Feiglinge auslegen, herauszutreten, den Massenstreik mit dem Feuer, der Verbrennung für den Versuch, Unmöglich ist. Unsere Reaktionäre und Schärffacher stellen sich in ihrem Kampf gegen den Massenstreik oft wirklich im Unsinne! Auch die „Kraft“ und die konsequente „Gesellschaftliche Zeitung“ befaßt sich mit der Frage. Erstere fordert, daß „unser Strafgesetzbuch durch entsprechende Bestimmungen wirksamer Natur zu ergänzen“ sei; Letztere verlangt nicht nur ein scharfes Vorgehen der Regierung gegen den Massenstreik selbst, sondern sogar gegen jede öffentliche Unterstützung dieses Streiks; denn es sei „der helle Mord, der sich hier an dem Tagelöhner“ vollzieht. Pflicht der Regierung sei es, „aus ihrer verantwortlichen Haltung, die ihre Gegner doch nur als Feiglinge auslegen, herauszutreten, den Massenstreik mit dem Feuer, der Verbrennung für den Versuch, Unmöglich ist. Unsere Reaktionäre und Schärffacher stellen sich in ihrem Kampf gegen den Massenstreik oft wirklich im Unsinne! Auch die „Kraft“ und die konsequente „Gesellschaftliche Zeitung“ befaßt sich mit der Frage. Erstere fordert, daß „unser Strafgesetzbuch durch entsprechende Bestimmungen wirksamer Natur zu ergänzen“ sei; Letztere verlangt nicht nur ein scharfes Vorgehen der Regierung gegen den Massenstreik selbst, sondern sogar gegen jede öffentliche Unterstützung dieses Streiks; denn es sei „der helle Mord, der sich hier an dem Tagelöhner“ vollzieht. Pflicht der Regierung sei es, „aus ihrer verantwortlichen Haltung, die ihre Gegner doch nur als Feiglinge auslegen, herauszutreten, den Massenstreik mit dem Feuer, der Verbrennung für den Versuch, Unmöglich ist. Unsere Reaktionäre und Schärffacher stellen sich in ihrem Kampf gegen den Massenstreik oft wirklich im Unsinne! Auch die „Kraft“ und die konsequente „Gesellschaftliche Zeitung“ befaßt sich mit der Frage. Erstere fordert, daß „unser Strafgesetzbuch durch entsprechende Bestimmungen wirksamer Natur zu ergänzen“ sei; Letztere verlangt nicht nur ein scharfes Vorgehen der Regierung gegen den Massenstreik selbst, sondern sogar gegen jede öffentliche Unterstützung dieses Streiks; denn es sei „der helle Mord, der sich hier an dem Tagelöhner“ vollzieht. Pflicht der Regierung sei es, „aus ihrer verantwortlichen Haltung, die ihre Gegner doch nur als Feiglinge auslegen, herauszutreten, den Massenstreik mit dem Feuer, der Verbrennung für den Versuch, Unmöglich ist. Unsere Reaktionäre und Schärffacher stellen sich in ihrem Kampf gegen den Massenstreik oft wirklich im Unsinne! Auch die „Kraft“ und die konsequente „Gesellschaftliche Zeitung“ befaßt sich mit der Frage. Erstere fordert, daß „unser Strafgesetzbuch durch entsprechende Bestimmungen wirksamer Natur zu ergänzen“ sei; Letztere verlangt nicht nur ein scharfes Vorgehen der Regierung gegen den Massenstreik selbst, sondern sogar gegen jede öffentliche Unterstützung dieses Streiks; denn es sei „der helle Mord, der sich hier an dem Tagelöhner“ vollzieht. Pflicht der Regierung sei es, „aus ihrer verantwortlichen Haltung, die ihre Gegner doch nur als Feiglinge auslegen, herauszutreten, den Massenstreik mit dem Feuer, der Verbrennung für den Versuch, Unmöglich ist. Unsere Reaktionäre und Schärffacher stellen sich in ihrem Kampf gegen den Massenstreik oft wirklich im Unsinne! Auch die „Kraft“ und die konsequente „Gesellschaftliche Zeitung“ befaßt sich mit der Frage. Erstere fordert, daß „unser Strafgesetzbuch durch entsprechende Bestimmungen wirksamer Natur zu ergänzen“ sei; Letztere verlangt nicht nur ein scharfes Vorgehen der Regierung gegen den Massenstreik selbst, sondern sogar gegen jede öffentliche Unterstützung dieses Streiks; denn es sei „der helle Mord, der sich hier an dem Tagelöhner“ vollzieht. Pflicht der Regierung sei es, „aus ihrer verantwortlichen Haltung, die ihre Gegner doch nur als Feiglinge auslegen, herauszutreten, den Massenstreik mit dem Feuer, der Verbrennung für den Versuch, Unmöglich ist. Unsere Reaktionäre und Schärffacher stellen sich in ihrem Kampf gegen den Massenstreik oft wirklich im Unsinne! Auch die „Kraft“ und die konsequente „Gesellschaftliche Zeitung“ befaßt sich mit der Frage. Erstere fordert, daß „unser Strafgesetzbuch durch entsprechende Bestimmungen wirksamer Natur zu ergänzen“ sei; Letztere verlangt nicht nur ein scharfes Vorgehen der Regierung gegen den Massenstreik selbst, sondern sogar gegen jede öffentliche Unterstützung dieses Streiks; denn es sei „der helle Mord, der sich hier an dem Tagelöhner“ vollzieht. Pflicht der Regierung sei es, „aus ihrer verantwortlichen Haltung, die ihre Gegner doch nur als Feiglinge auslegen, herauszutreten, den Massenstreik mit dem Feuer, der Verbrennung für den Versuch, Unmöglich ist. Unsere Reaktionäre und Schärffacher stellen sich in ihrem Kampf gegen den Massenstreik oft wirklich im Unsinne! Auch die „Kraft“ und die konsequente „Gesellschaftliche Zeitung“ befaßt sich mit der Frage. Erstere fordert, daß „unser Strafgesetzbuch durch entsprechende Bestimmungen wirksamer Natur zu ergänzen“ sei; Letztere verlangt nicht nur ein scharfes Vorgehen der Regierung gegen den Massenstreik selbst, sondern sogar gegen jede öffentliche Unterstützung dieses Streiks; denn es sei „der helle Mord, der sich hier an dem Tagelöhner“ vollzieht. Pflicht der Regierung sei es, „aus ihrer verantwortlichen Haltung, die ihre Gegner doch nur als Feiglinge auslegen, herauszutreten, den Massenstreik mit dem Feuer, der Verbrennung für den Versuch, Unmöglich ist. Unsere Reaktionäre und Schärffacher stellen sich in ihrem Kampf gegen den Massenstreik oft wirklich im Unsinne! Auch die „Kraft“ und die konsequente „Gesellschaftliche Zeitung“ befaßt sich mit der Frage. Erstere fordert, daß „unser Strafgesetzbuch durch entsprechende Bestimmungen wirksamer Natur zu ergänzen“ sei; Letztere verlangt nicht nur ein scharfes Vorgehen der Regierung gegen den Massenstreik selbst, sondern sogar gegen jede öffentliche Unterstützung dieses Streiks; denn es sei „der helle Mord, der sich hier an dem Tagelöhner“ vollzieht. Pflicht der Regierung sei es, „aus ihrer verantwortlichen Haltung, die ihre Gegner doch nur als Feiglinge auslegen, herauszutreten, den Massenstreik mit dem Feuer, der Verbrennung für den Versuch, Unmöglich ist. Unsere Reaktionäre und Schärffacher stellen sich in ihrem Kampf gegen den Massenstreik oft wirklich im Unsinne! Auch die „Kraft“ und die konsequente „Gesellschaftliche Zeitung“ befaßt sich mit der Frage. Erstere fordert, daß „unser Strafgesetzbuch durch entsprechende Bestimmungen wirksamer Natur zu ergänzen“ sei; Letztere verlangt nicht nur ein scharfes Vorgehen der Regierung gegen den Massenstreik selbst, sondern sogar gegen jede öffentliche Unterstützung dieses Streiks; denn es sei „der helle Mord, der sich hier an dem Tagelöhner“ vollzieht. Pflicht der Regierung sei es, „aus ihrer verantwortlichen Haltung, die ihre Gegner doch nur als Feiglinge auslegen, herauszutreten, den Massenstreik mit dem Feuer, der Verbrennung für den Versuch, Unmöglich ist. Unsere Reaktionäre und Schärffacher stellen sich in ihrem Kampf gegen den Massenstreik oft wirklich im Unsinne! Auch die „Kraft“ und die konsequente „Gesellschaftliche Zeitung“ befaßt sich mit der Frage. Erstere fordert, daß „unser Strafgesetzbuch durch entsprechende Bestimmungen wirksamer Natur zu ergänzen“ sei; Letztere verlangt nicht nur ein scharfes Vorgehen der Regierung gegen den Massenstreik selbst, sondern sogar gegen jede öffentliche Unterstützung dieses Streiks; denn es sei „der helle Mord, der sich hier an dem Tagelöhner“ vollzieht. Pflicht der Regierung sei es, „aus ihrer verantwortlichen Haltung, die ihre Gegner doch nur als Feiglinge auslegen, herauszutreten, den Massenstreik mit dem Feuer, der Verbrennung für den Versuch, Unmöglich ist. Unsere Reaktionäre und Schärffacher stellen sich in ihrem Kampf gegen den Massenstreik oft wirklich im Unsinne! Auch die „Kraft“ und die konsequente „Gesellschaftliche Zeitung“ befaßt sich mit der Frage. Erstere fordert, daß „unser Strafgesetzbuch durch entsprechende Bestimmungen wirksamer Natur zu ergänzen

5. Wahlkreis. Bezirke: Bremen, Hamburg, ...

6. Wahlkreis. Bezirke: Nürnberg, München, ...

7. Wahlkreis. Bezirk Stuttgart. Zweigvereine: ...

8. Wahlkreis. Bezirke: Karlsruhe, Straßburg, ...

Gruppe der Pflegeteile.

902 Mitglieder = 2 Delegierte.

1. Wahlkreis. Bezirke: Königsberg, Bromberg, ...

2. Wahlkreis. Bezirke: Erfurt, Frankfurt, ...

3. Wahlkreis. Bezirke: Weimar, Göttingen, ...

Gruppe Isolierer und Steinholzleger.

1463 Mitglieder = 2 Delegierte. 1055 Isolierer = 1 Delegierter.

Zweigvereine: Königsberg; Stettin; Weimar, ...

C. Vorlage zur Einführung der Erwerbslosenunterstützung.

1. Nach einjähriger ununterbrochener Mitgliedschaft ...

2. Arbeitslosenunterstützung kann den Mitgliedern am Wohnorte ...

3. Krankenunterstützung wird im Verlauf eines Jahres bis zur Höhe ...

4. Mit dem Ablauf der Unterstützung innerhalb der 52 Wochen ...

5. Krankenunterstützungen und Arbeitslosenunterstützungen ...

6. Beginn und Fortdauer der Krankheit (Erwerbsunfähigkeit) ...

erle Krankheitsergebnis muß unter Beifügung des Mitgliedsbuches ...

7. Die Arbeitslosigkeit und deren Ursache sind, wenn Anspruch auf Unterstützung ...

8. Für die ersten sechs Werktage (Wartelzeit) der Krankheit ...

9. Vom Tage der Meldung an kann Erwerbslosenunterstützung ...

10. Nach überstandener Krankheit kann Arbeitslosenunterstützung ...

11. Mitglieder, die von der Baugewerkschaft, aus dem aktiven Militärdienst ...

12. Die Krankenunterstützung wird nach folgender Stala ...

Table with 3 columns: Krankheitsdauer, Krankheitsbeginn, Krankheitsende. Rows 1-6.

13. Die Höhe der Arbeitslosenunterstützung am Orte regelt folgende Stala:

Table with 3 columns: Krankheitsdauer, Krankheitsbeginn, Krankheitsende. Rows 1-6.

14. Die Arbeitslosenunterstützung auf der Reise darf in der Regel ...

15. Den Empfängern der Arbeitslosenunterstützung kann in den Großstädten ...

16. Reiseunterstützung wird nicht gewährt, wenn das Mitglied ...

17. Die Gesamtsumme der in 52 aufeinanderfolgenden Wochen ...

Table with 2 columns: Krankheitsdauer, Krankheitsbeginn. Rows 1-6.

18. Mit Ablauf der Unterstützung, spätestens nach 60 Wochen ...

Beiträge

1. Die regelmäßigen Verbandskontingente (für die Hauptkassen) ...

2. Der Beitrag ist in der Regel in drei Quartalen des Arbeitsjahres ...

3. Der Beitrag der sogenannten Montage-Arbeiter (Maurer-Spezialisten, ...)

4. Für die Beitragsleistung an die Hauptkasse gilt folgende Stala:

Table with 3 columns: Klasse, Stundenlohn, Beitrag pro Woche. Rows 1-6.

5. Zur Gründung von Lokalfässen zwecks Veranlassung der Zweigvereine ...

6. Bei außergewöhnlichen Verhältnissen kann auf gemeinsamen Beschluß ...

7. Bei Streiks und Aussperrungen, an denen ein Mitglied ...

8. Wenn bei allgemeinen Streiks oder Aussperrungen ein Verbandstag ...

Falls der Verbandstag die Einführung der Erwerbslosenunterstützung ...

1. Die Unterstützung tritt am 1. Juli 1914 in Kraft.

2. Mitglieder, die bis dahin dem Verbandszuge angehört ...

3. Mitglieder, die beim Inkrafttreten der Arbeitslosenunterstützung ...

4. Mitglieder, die beim Inkrafttreten der Arbeitslosenunterstützung ...

Am die Zweigvereinsvorsitzende. In den nächsten Tagen ...

Die Abrechnung kann durch die Zweigvereinsvorsitzende erfolgen ...

Die Abrechnung, die noch ein altes oder ein neues Mitglied ...

Die Abrechnung, die noch ein altes oder ein neues Mitglied ...

Die Abrechnung, die noch ein altes oder ein neues Mitglied ...

Die Abrechnung, die noch ein altes oder ein neues Mitglied ...

schließen den Streit. Die Unternehmer loben während des Streits alles auf, um Arbeitskräfte heranzuziehen. Sie haben ihnen 55 1/2, unsere Kollegen wollten nur 50. Drei Jahre lang. Ein Unternehmer sollte heute nach Würzburg, indem er ihnen erklärte, der Streit wäre soweit beendet, und er wäre alles eingestellt, bis auf einige Wünsche, die nicht erfüllt werden können. Unsere Kollegen waren natürlich auf dem Posten. Wenn die Arbeitsbedingung im Verhältnis ankommen, wurden sie in Empfang genommen und die Unternehmer hatten das Nachsehen. Schließlich hatten sich doch einige Streikbrecher aus der näheren Umgebung zusammengeschlossen. Es waren natürlich minderwertige Kräfte. Die Würzburger Stadtbauverwaltung machte sich Sorgen um den Streit, bis sie erst in öffentlichen Versammlungen von uns angegriffen wurde. Da kam der Herr Oberbürgermeister zu dem Einsicht, zwischen beiden Parteien zu vermitteln. Sein Versuch wurde zweimal von den Unternehmern abgelehnt. Endlich gelang es dem Herrn Landtagsabgeordneten Professor Dr. v. d. L., eine Verständigung zwischen den Parteien herbeizuführen. Hoffentlich haben unsere Kollegen in diesem langen Kampf etwas gelernt. Sie haben zum größten Teil ihre Forderungen durchsetzen können. Es ist ein Erfolg, den wir nicht allein für uns gefeiert, sondern auch für unsere Nachbarkreise. Es haben sich nun, wie es bei jedem Kampf vorbedeutet, eine ganze Anzahl Kollegen vor dem Gericht zu verantworten. Wir lassen uns nicht dadurch nicht abschrecken, sondern kämpfen ruhig weiter.

In Würzburg werden gegenwärtig umfangreiche Bauarbeiten ausgeführt, die reichlich Arbeit für die beschriebenen Berufsleute, besonders aber für die Erbauer, bringen. Diese schlechte Konjunktur hat auch mancher Arbeiter für unsere Organisation gebracht. Seit mehreren Jahren war die Arbeitslosigkeit in Würzburg und Umgebung schief, so daß eine erfolgreiche Agitation immer den größten Schwierigkeiten begegnete. Das ist jetzt anders. Die große Mehrheit der Erbauer war bisher unorganisiert. Das ist ganz gelungen, dies zu überwinden, ist gemeint. In letzter Zeit ist recht gut gearbeitet und erfolgreich agitiert worden. Die Mitgliederzahl ist in der Stadt von 25 auf 70 gestiegen. Wir wünschen dringend, daß die Würzburger Kollegen sich auf sich selbst verlassen. Die Höhe des Lohnes ist die Organisation nicht weniger wichtig. Die Organisation hat zu helfen, aber die Agitation auf den Arbeitssitz ist Sache der Würzburger Kollegen. Je energischer hier ihre Tätigkeit ausfällt, desto besser ist es für sie. Das Lohnniveau des Baues bestimmt durch die Marktverhältnisse eine neue Skizze. Damit wird sich die sonst allgem. Bauarbeiterbewegung in Würzburg, die heute in den letzten Jahren nur eine mäßige Entlohnung, weil fast gar keine Industrie vorhanden ist. Offensichtlich Bauen, wie jetzt die Skizze, belohnen regelmäßig die Bauarbeiter, damit ist dann für unsere Kollegen die Möglichkeit gegeben, die Lohn- und Arbeitsbedingungen zu verbessern. Organisiert sind Kollegen gegenwärtig gut. Die Zweigvereine Nürnberg-Diez zählt 180 Mitglieder. Wenn aber die Kollegen in Diez ihre Ansprüche erfüllt sehen wollen, dann muß es doch noch besser werden. Durch ihre frühere Gleichgültigkeit sind sie zurückgefallen. Die Lohnforderungen an die Unternehmer fallen recht hoch aus, wenn alle Kollegen organisiert sind und auch der Geist in der Organisation gut ist.

Bezirk Hamburg.

In Oberdorf streikten unsere Kollegen vom 29. September bis 2. Oktober, weil die Unternehmer unsere Forderungen ablehnten. Bei den Verhandlungen wurde der Streit nicht beendet, kam es zu einem Vertragsabschluß, der den Kollegen sofort eine Lohnsteigerung von 6 1/2 Prozent bringt. In ihren Forderungen hatten die Kollegen nur 5 1/2 Prozentsteigerung verlangt. Sie waren auch damit einverstanden gewesen, wenn diese Lohnsteigerung in zwei Raten eingetriben wäre.

„Wie der Deutsche Bauarbeiterverband Agitation betreibt“.

Unter dieser Überschrift, so schreibt uns unsere Königsberger Bezirksleitung, hat sich der „Zimmerer“ in zwei aus Königsberg kommenden Briefen gegen uns gewandt. Auf den ersten Brief antworteten wir mit einer kurzen, angemessenen Erklärung, trotzdem uns der ungewöhnliche Wortlaut gemacht wurde: wir erklären den Zimmerern den Kampf gegen ihre Ausbeuter. Im zweiten Brief wird uns die Behauptung an den Kopf geschleudert, daß der „Zimmerer“ in Königsberg und in der Umgebung unserer Bezirksleitung keine Agitation abgibt, und warum führt der Verleger der Zeitung so schweres Geschick gegen uns auf? Weil in Coburg und Würzburg die Zimmerer Mitglieder des Deutschen Bauarbeiterverbandes sind. In gleicher Weise sind die Kollegen des Zimmerer-Verbandes organisiert, sind die bis zum Jahre 1912 unorganisierten Zimmerer unserem Verbande aus eigener Entscheidung beigetreten. Von einem Verzicht zum Zimmererverband wollen die Coburger Zimmerer trotz aller Anregung von unserer Seite und Bestrebungen der Zimmerer-Verbandsleitung nichts wissen. Die Coburger Zimmerer haben auch unter dem Schutz unserer Organisation „den Kampf gegen ihre Ausbeuter“ mit Erfolg geführt. Nach einem längeren Streit erreichten sie die Gleichstellung im Lohn mit den Maurern und damit eine Lohnsteigerung von 5 bis 8 1/2 Prozent. Der Erfolg hat die Zimmerer in Coburg gegen ihre Ausbeuter gebracht, daß sie „den Kampf gegen ihre Ausbeuter“ viel wirksamer gemeinsam mit den Maurern als auf eigene Füße gestellt hätten können. Daher ihre Unzufriedenheit an den Deutschen Bauarbeiterverband. In Würzburg sind die Zimmerer nicht erst seit 1912 verbunden. Im „Zimmerer“ behauptet wird. Die Organisation war dort schon vorhanden, als der Verleger der Zeitung des „Zimmerer“ übernommen wurde. Wenn im „Zimmerer“ die gegenwärtigen Menschen nicht geteilt wird, sagen wir als unzufriedene Menschen nicht das geschriebene Wissen und weil das unsern Zweck so paßt, sondern wir sagen: er weiß es tatsächlich

nicht besser. Die Maurer in Würzburg haben ihre Lohn- und Arbeitsbedingungen auch seit Jahren tariflich geregelt, waren die Zimmerer, selbst als sie im Zimmererverband Vertragsabschluß führen konnten. Seit Jahren sind die Zimmerer in Würzburg denn auch „voll“ herumgelaufen, ohne daß sich die Bauleitung des Zimmererverbandes im geringsten um die Leute gekümmert hätte. Den Vorteil der Stundenlohn der Zimmerer stand im Sommer bei durchschnittlicher Arbeitszeit 6 bis 8 1/2 unter dem Lohn der Maurer, im Winter mußten die Zimmerer sogar für 1,50 Tagelohn arbeiten. Diese Missetände, die auch die Maurer bitter empfanden, konnten nur durch die Organisation beseitigt werden. Vom Weistritt zum Zimmererverband wollte er keiner etwas wissen. So wurden die Zimmerer denn Mitglieder unseres Verbandes. Heute sind sie im Lohn den Maurern gleichgestellt und fühlen sich bei uns so wohl, daß sie bisher von einem Verzicht zum Zimmererverband nichts wissen wollten, zumal sie während des diesjährigen notwendigen gewerblichen Streits die Verbesserung bekommen haben, daß sie auch im Deutschen Bauarbeiterverband „den Kampf gegen ihre Ausbeuter“ recht wirksam mit Erfolg führen können. Ohne uns auf weitere Darlegungen einzulassen, wollen wir hier nur folgende Tatsachen feststellen, die die Prozesse, wie er schwärzen den Zimmerern den Kampf gegen ihre Ausbeuter, noch besonders illustriert. In Köben und Ayl, zwei Bezugsstellen, ist der Zimmererverband in seinem Beruf unumgänglicher Vertreter. Hier kann er also den Kampf gegen die Ausbeuter ungestört führen. Wie steht es aber hier aus? Trotzdem der Vertrag die zehnjährige Arbeitszeit für Zimmerer vorsieht, arbeiten die Zimmerer seit Jahren oft Stunden von Arbeitslohn, obwohl das der Bauleitung bekannt ist, läßt sie, ohne auch nur einen Finger zu rühren, die einjährige Ausbeutung der Zimmerer durch die Unternehmer zu. Dafür hoffen dann die Zimmerer den Bauern von den Unternehmern als leistungsfähiger Arbeiter. Allerdings ohne Erfolg; denn die Maurer haben von dem Kampf gegen ihre Ausbeuter eine andere Auffassung, als sie anscheinend bei manchen Zimmerern geläufig ist. Damit hoffen wir, unsere Kollegen einen unzufriedenen und letzten Hinweis in die einjährige Arbeitszeit geben zu haben. Unsere Forderungen bezüglich Lohnsteigerung haben wir nicht hinauszufügen. Auf das in dieser Sache in Nr. 39 des „Zimmerer“ veröffentlichte Schreiben einzugehen, ist uns der Raum des „Grundstein“ zu schmal. Dem ist für uns die Sache der Zimmerer wichtiger als die Angelegenheiten lassen wir uns nicht ein.

Gipser und Stukkateure.

Die Section B f e n beschäftigt sich am 29. September mit dem Bauern Rundschreiben. Kollege Godeb sprach vorher über die Ergebnisse des Verbandes. Es wurde zum Ausdruck gebracht, daß die vom Verbandstag beschlossene Meistentwertung der Stukkateure wenig fruchtbar ist, weil die Stukkateure beim Aufsuchen von Arbeitsgelegenheit auf wenige Orte beschränkt seien. Ein Maurer, der von Breslau nach Berlin reise, bekomme 4 1/2 Reichsmark, wenn er in Frankfurt aussteige und sich um Arbeit bemühe. Ein Stukkateur dagegen bekomme für 4 1/2 Reichsmark eine Unternehmung der Stadt in Frankfurt zu machen. Das System, das die Stukkateure früher hatten, sei zweckmäßig, weil es allen Berufsangehörigen in der Organisation Rechnung trage. Godeb forderte die Stukkateure auf, ungeschämter Kritik zu üben und eigene Beschwerden gegen die Verwaltung vorzubringen. In der Diskussion wurde auf die Beschlechterung der Meistentwertung Bezug genommen und das Fehlen eines inneren Zusammenhanges bedauert, den früher das Fachorgan recht ausgiebig gefördert habe. Dies wurde als Hauptgrund für die Unzufriedenheit der Stukkateure angesehen, die jetzt die Section zu beauftragt habe, nachrichtlich die bestehende Unzufriedenheit. Die Stukkateure seien sich darüber klar gewesen, daß sie beim Anschluß an den Bauarbeiterverband vorhandene Beschlechterungen mit in Kauf nehmen müßten, man habe aber der notwendigen Vermittlung in der Organisation gestimmt, daß die Beschlechterungen bald beseitigt und noch weitere Fortschritte gemacht würden. Der Bauernvorgang deutete aber auf eine Ablehnung der Stukkateure hin. Godeb stellte fest, daß die Ablehnung der Stukkateure derartige Streikaktionen, wie die Section zu beauftragt habe, einen Beschluß wurde abgegeben, weil man bei einer Beschlechterung auch die andere Seite des Bauernvorganges hören wollte.

Wir hatten ursprünglich die Absicht, auf die Angriffe der Bauern Stukkateure erst nach Abschluß der kritischen Einwendungen zu antworten. Da aber die Bauern Stukkateure vor ihrer Stellungnahme auch die Stukkateure in Würzburg erhalten haben. Kollege Godeb hat sich in Würzburg gehalten. Die Stukkateure in Würzburg haben Forderungen (es wurde der Schriftentwurf gefordert) einreichen, (schrägen) die der Bezirksleitung. Wir teilten ihnen mit, daß wir nichts gegen die Forderungen und ihre Einreichung an die Unternehmer hätten, nur wollten wir bei den Verhandlungen zugunsten der Stukkateure sein. Wir erließen darauf von ihnen eine Postkarte des Inhalts, daß sie uns nicht bezaubeln. Sie hätten früher ihre Angelegenheiten selbst erledigt und würden dies auch jetzt tun. Durch diesen Brief erregt und wurde dies auch sehr unangenehm. Darauf ließ ich an dem betreffenden Tage einen Brief an Würzburg schreiben, in dem ich den Bauern den Verhandlungen teil. Trotz der Schwere der Verhandlungen erreichten wir schließlich den Abschluß. Ich betonte, daß es den Stukkateuren ohne mein Ein-

treten für diese Forderung ohne schweren Kampf nicht möglich gewesen wäre, das zu erreichen. Dafür rufe ich den Kollegen Sarunski als Zeugen an. Auch muß dieser bezeugen können, daß die plötzliche Arbeitsüberzeugung die Unternehmern aufgesetzt existiert hatte. Die Arbeiter hatten Verhandlungen nachgesucht und nicht einmal die Antwort der Unternehmer abgewartet. Als wir mit den Unternehmern fertig waren, sagten die Unternehmer: „Zum jetzt einmal, wie gut sich die Gassen zwischen uns ereignen, wenn beide Teile den guten Willen haben. Wer denn dazu die Arbeitsüberzeugung notwendig? Dadurch wird doch meistens die Verhandlung nur erzwungen.“ In dem Gefühl, für eine Anzahl Verbandsmitglieder etwas Gutes erreicht zu haben sagte ich: „Zweifellos! Auch wir sind nicht für beratung plötzliche Arbeitsüberzeugung und unterstützen sie nicht.“ Daß dadurch die Stadt der Stukkateure in Würzburg gegenüber ihren Unternehmern getrieben worden sei, ist Unsinns, da ja ihre Forderung erfüllt war. Das beweist auch die einstimmige Annahme des Vertrages in der am Abend des gleichen Tages stattgefundenen Sectionssammlung, in der von dem ganzen im „Grundstein“ angebrachten Klagen, kein Wort gedeutet wurde. Ich betraute hiermit die Sache als erledigt und halte die ganzen Klagen für das Nachwort einzelner Einzelkämpfer. Auf keinen Fall kann ich annehmen, daß die ganze Section dahinter steht; sonst müßten die Kollegen schon früher zu uns etwas gedeutet haben.

Fast zwei Jahre sind vergangen, seit dem Anschluß an den Deutschen Bauarbeiterverband. Man sollte glauben, in dieser Zeit hätten die Gegensätze verschwinden können, die beim Anschluß noch vorhanden waren. Daß dies nicht der Fall ist, beweisen zur Genüge die Briefe, die jetzt im „Grundstein“ erscheinen. Im Jahre 1912 schickte man aus Postkarten auf die Bauern Stukkateure, daß, nachdem die verschiedenen Wünsche und Beschwerden vorgebracht wären, eine Besserung eintreten oder vielmehr, daß man sich besser verstehen würde. Auf der Konferenz der Stukkateure und Beschlechterten geschiedlich ausgiebig behandelt worden, trotzdem bei diesem Punkt die Angelegenheiten Rednern das Wort abgehandelt wurde. Der Verbandsvorstand sagte eine Untersuchung verschiedener Wünsche und Beschwerden, dafür Sorge tragen zu wollen, daß das gesamte Verhältnis geordnet würde. Leider waren die Wünsche der Stukkateure nicht berücksichtigt worden. Die neuesten Briefe sind zum größten Teil nicht in Erfüllung gegangen und die Wünsche und Beschwerden sind fast noch dieselben. Als Teilnehmer an der Frankfurt Konferenz brachte ich bei Punkt 2 der Konferenz die Section B f e n im Jahre 1912 zur Sprache. Genau wie im Bericht der Section B f e n in Nr. 39 des „Grundstein“ erzielte ich die Gelegenheit und verlangte vom Verbandsvorstand eine genauere Untersuchung der Differenz und nachträgliche Beseitigung der Unzufriedenheit. Die Section B f e n hat die Untersuchung durchgeführt, wobei die Unzufriedenheit der Würzburger Kollegen. Man sollte es gar nicht für möglich halten, daß sich derselbe Fall in diesem Jahre in ähnlicher Form wiederholen konnte. Zum mindesten muß man an dem Geist der betreffenden Kollegen denken, die gemeinlich, sonst können solche hartnäckige Fälle, wie in Würzburg, nicht vorkommen. Oder fällt man es für ausgedacht, daß ein Beamter der Unternehmer zu verstehen gibt, daß sie die Forderungen gar nicht zu erfüllen brauchen, da hinter diesen Forderungen die Organisten nicht sind? Man bezweifle mit dieser unvollständigen Behauptung die obige Darstellung des Bezirksleiters (Satz 1. Die Red.). Was hat der Verbandsvorstand in diesem Falle getan? Es sind neben diesen großen Mängeln eine Anzahl kleinerer. Ich verweise nur auf die Briefe, die unterhalb angeführt werden. Man bestimme selbst, wieviel man selbst zeit und viel mit reisenden Kollegen einbringen hat. Die Vorlage des Verbandsvorstandes, die der Frankfurt Konferenz vorlag, ist wesentlich anders als, als das Protokoll der der Verhandlung herbeiführte. Letzteres enthält auch den Streifen der reisenden Maurer Unzufriedenheit in puncto Meistentwertung. Ferner wurde auf der Konferenz gewünscht — und ein diesbezüglicher Antrag ist angenommen worden — daß im Abschlußergebnis die Absichten der Section B f e n in Würzburg festzustellen. Welchen Zweck hat es überhaupt gehabt, die Wünsche entgegenzunehmen? Hat man es nur getan, um sie dann alle schamlos abzulehnen? Es will nun einmal den Stukkateuren, die man bodem als Priorität feierte, in den Sinn, daß man ihren berechtigten Wünschen nicht mehr Rechnung trägt. Man kann ganz deutlich nachrechnen, daß unter diesen Umständen die Freude an der Organisationsarbeit sehr gelitten hat. Wo bleiben denn zum Beispiel für Würzburg und Götting die Rechte des Anschlusses? Ist das für Würzburg ein Vorteil, wenn unsere Kollegen wiederholt Streiks führen müssen, ohne Unterstützung zu erhalten? Ist das Borgehen der Würzburger Kollegen nicht ein Musterbeispiel von Disziplin und Opferfreudigkeit? (Das ist doch ein starkes Stück Die Red.) Es wäre tatsächlich an der Zeit, daß die Stukkateure gelehrt würden, die derartige burocratische Borgehaltungsakte verhindern können.

Nichard Dietz, Gera.

Die Unzufriedenheit der Stukkateure bezüglich sich zuerst auf den „Grundstein“. Es wurde uns auf der vorjährigen Konferenz zugehört, daß Situationen derartiger Art sich nicht vermeiden lassen. (Sobald wir nicht seine bekommen, können wir doch keine aufnehmen Die Red.) Dann sind wir unzufrieden, weil in der Entscheidung hinter den Namen der Betroffenen nicht der Beruf angegeben wird. Schon der Verbandsvorstand sollte die Namen von vielen Kollegen nicht angegeben werden, weil in der Entscheidung der Beruf nicht angegeben war. Das ist ein Mißstand, an dessen Beseitigung die Allgemeinheit Interesse hat. Bei Lohnbewegungen waren es unsere Kollegen, die den Namen nicht erhalten. Aber in diesem Jahr waren wir am 31. März nicht weiter als einen Monat vorher. Weil sich die Verhandlungen bis Ende Mai hingogen, wurde ein Teil unserer Kollegen radikal und befragte unter allen Umständen eine richtige Lösung der Streitfrage. Sieht man die Grundbegriffe der Unzufriedenheit unserer Kollegen zu. Als die Kollegen sahen, daß die Verhandlungen



Wohnungsnot der arbeitenden Klassen. Die Wohnungsfrage ist bekanntlich ein Hauptproblem der Arbeiterbewegung...

Ein Skandal im christlichen Textilarbeiterverband.

In den letzten Jahren ist es Mode geworden, daß Leute, die in einer Organisation eine führende Stelle innehaben, die Öffentlichkeit mit allerlei Enthüllungen beunruhigen...

anbei den Schluß bitten konnte. Jeden Mittag wurde der Kassenbestand genau festgestellt und nach der Mittagspause wieder geprüft. Nach etwa acht Tagen, Samstagsmittags, fehlten dann wieder 40 in Gold und 41 in Silber...

Nöbling begrüßte sich nicht damit, die internen Verhältnisse aus dem Bureau des christlichen Textilarbeiterverbandes an die Öffentlichkeit zu bringen...

Die Situation im christlichen Textilarbeiterverband.

Werte Kollegen! Die Situation im christlichen Textilarbeiterverband ist eine sehr ernste. Wir haben uns in der letzten Zeit sehr viele Sorgen gemacht...

Die Situation im christlichen Textilarbeiterverband (Fortsetzung).

Der Herr Nöbling hat mir sehr viele interessante Mitteilungen gemacht. Er hat mir erzählt, wie er die Sache mit dem Kassenbestand gesehen hat...

Nöbling bespricht weiter, daß er als Nebekasse für den Zeitungsmaschinenbau befehlen mußte, nachdem sich die Arbeiter vorher die aktuellen Verhältnisse und Notizen ausgetauscht...

Nöbling bespricht weiter, daß er als Nebekasse für den Zeitungsmaschinenbau befehlen mußte, nachdem sich die Arbeiter vorher die aktuellen Verhältnisse und Notizen ausgetauscht...

Nöbling bemerkt zu dem Schreiben: In dem Schreiben wird mir die hehre Aufgabe übertragen, eine sehr wichtige Sache zu veranlassen, unbefehlet darum, welche wirtschaftlichen Folgen sich daraus für die Arbeiter ergeben werden...



belegung vorbei. Woher soll dem Leiter ein Außenbezirk denn die Begeisterung kommen? Begeisterung ist das Merkmal des siegesbewußten Kriegers. Der Leiter des Außenbezirks kann aber keine Siege feiern, weil er keine Schlachten zu schlagen vermag. Wie die Ehre des Schlachtfeldes hat er keine andere Macht, als hinter den Formationen der freien Gewerkschaften dreingutachten, um wenigstens das zu erheben, was von jenen nicht erbeutet werden konnte oder von jenen — nicht gewünscht wurde. Begeisterung? Ein materielles Schamgefühl hat nicht befehligen, wenn auf solchen „Eroberungszügen“ die Hilfe der organisierten Arbeiter vorzugsweise auf uns gerichtet waren, weil die Arbeiter es wollten oder sagten, daß man uns „Christliche“ nur gerufen hatte, weil die Arbeiter am Joch des Kapitalismus rüttelten. Meine Pflicht habe ich nach Möglichkeit erfüllt! Aber Begeisterung? Die hat mir gefehlt! Mir fehlt sogar jedes Verständnis für eine Begeisterung, die mich heute zum radikalen Draufgänger und morgen zum rückwärtslosen Beamten befähigen soll. Und beide Fähigkeiten soll der Leiter des Außenbezirks in höchster Vollendung besitzen, so wie die „höheren Verbandssinteressen“ es gerade erfordern!

Ist Mäßigung der christliche Mensch, für den er sich ausgiebt, dann kann man ihm nachfühlen, wie in ihm die Begeisterung für die schlechte Sache, die er zu verteidigen hatte, sinken mußte.

Der Zentralvorstand des christlichen Textilarbeiterverbandes hat nun zu diesen Angelegenheiten folgende Stellungnahme zu sich gegeben: In einem sozialdemokratischen Verlage ist eine gegen die Zeitung des christlichen Textilarbeiterverbandes gerichtete kleine Broschüre erschienen, die einen Haufen von Verleumdungen darstellt. Es handelt sich um den niedrigen Nachsatz eines erlassenen Verbandsbeschlusses, der unter anderem eine größere dem Verbande gehörende Geldsumme in wiederrechtlicher Weise für sich behalten und verwenden hat. Der Inhalt der Broschüre ist zum Teil vollständig unwohr, zum anderen Teil in verwegener Weise entstellt und verdreht. Die von eroberten Aufstellungen sind vom Zentralvorstand des christlichen Textilarbeiterverbandes eingehend untersucht und als vollständig unbegründet gefunden worden.

Das ist jedenfalls die merkwürdigste Erklärung, die jemals von einem Angehörigen abgegeben wurde. Dennoch hat der Ringelzug in eigener Sache wieder geschwiegen und sich als unschuldig befunden. Wir halten den Vorstand des christlichen Textilarbeiterverbandes nicht für so naiv, daß er dieser Erklärung einen Wert beimißt. Mäßigung antwortet übrigens mit folgender Gegenerklärung:

„In der Zentralpresse wird behauptet, daß ich eine größere, dem Verbande gehörende Geldsumme unverschämterweise für mich behalten und verwenden hätte. Das ist eine glatte Unwahrheit. Ich habe mit der Zentrale auf Heller und Pfennig abgerechnet. Ein Guthaben von 4 200, das ich bei dem Vorstand des christlichen Verbandes in Haftung habe, hat sich der Verband zu übernehmen geteigert. Letztere ist daher, daß ich nicht der Schuldner des Verbandes, sondern der Verband mein Schuldner ist.“ Es wird dem Vorstand des christlichen Verbandes schwer werden, die vielen, zum Teil durch christliche Belegten Aufstellungen zu widerlegen. Aber auch dem Verfasser wird es verständig sein, wenn er an manchen Stellen Zweifel bezeugt. Wenn man diesen Jahre geschwiegen und die Mißwirtschaft gebuhlet hat, dann findet man in der Regel nachher nicht viele Leute, die an laudere Worte glauben. Wir unterhalten uns verständig jeden Kreis, da wir annehmen, daß die Angelegenheit ein gerechtes Maßspiel haben wird.

Eingegangene Schriften.

(Die hier angelegten Schriften sind nicht von uns zu beziehen. Man wendet sich an die nächste Parteihandlung.)

August Webel. Ein Lebensbild für deutsche Arbeiter von Hermann Wendel. Es ist ein flott geschriebenes Schriftchen, das unter diesem Titel im Verlag der Buchhandlung Bornack, Berlin, erschienen ist. Das ganze reiche Leben August Webers wird in ihm abgehandelt, wenn auch natürlich nur flüchtig. Das Schriftchen ist für 50 ¢ von jeder Parteihandlung zu beziehen.

Zentraltrankentasse.

In der Woche vom 28. September bis 4. Oktober sind folgende Beträge eingegangen: Von der örtlichen Verwaltung in Gelsen 4 250, Hagen 200, Burgau 200, Danzig 200, Döhlen 200, Gelsen 200, Gelsen 200, Leipzig 200, Minden i. W. 200, Schweidnitzer 200, Gr.-Neudorf 180, Gelsen 150, Wiesenburg 150, Bromberg 140, Ostf. 100, Gelsen 100, Stammheim 100, Teerow 100, Wendenhof 100, Schwefelort 50,40, Schierstein 50, Schmiedeberg 50. Summa M. 3370,40.

Zufolge erhielten: Rosen A. 1500, Berlin III 1000, Berlin I 500, Büchel-Wiebelbad 400, Prenben 400, Döberan 200, Heideberg 200, Heubach 200, Würfel 150, Witten 120, Pennigsdorf 100, Raibach 100, Neuzelle 50. Summa M. 4920.

Gamburg, den 4. Oktober 1913.

Fr. Klätschen, Hauptkassierer.

Verlag: Deutscher Bauarbeiterverband (Friedr. Baepflow), verantwortlicher Nebautor: H. Göttinger, Druck: Hamburger Buchdruckerei und Verlagsanstalt Huer & Co. in Hamburg.

Briefkasten.

(Anfragen in Sachen des hiesigen Reichs beantwortet nur nicht, ebenso erlassen wir keine briefliche Auskunft, auch nicht, wenn Rückporto beiliegend ist.)

Wegen Baumangelegenheiten mußten mehrere Einblendungen und Artikel zurückgestellt werden.

Wiederholungsfragen, Kosmos-Plattentafeln werden wie andere Blätter mit Journal befragt.

Witzburg, Krankenkasse. An welchem Tage soll die Versammlung sein?

Anzeigen.

Anzeigen werden nur durch Vermittlung der Zweigvereins- bzw. Zahlstellen- oder Sektionsvorstände angenommen. Geschäftsanzeigen sind ausgeschlossen.

Sterbetafel.

(Unter dieser Rubrik veröffentlicht wir alle Todesfälle der Verbandsmitglieder, von denen sich innerhalb einer Woche nach erfolgtem Ableben Mitteilung gemacht wird. Die Beileife kostet 15 ¢.)

- Alstedt. Am 29. September starb unser treuer Kollege **Otto Wäldchen** im Alter von 22 Jahren an Schindeldrüse.
- Altrösing. Am 29. September verstarb unser Kollege und Mitbegründer unseres Zweigvereins **Joseph Seidl** im Alter von 70 Jahren nach langem Leiden an einer Nierenkrankheit.
- Bad-Nippingen. Am 28. September starb unser langjähriger, treuer Mitglied, der Mitbegründer unseres Zweigvereins, **Josef Kiesel** I aus Nippingen im Alter von 88 Jahren an Lungenerkrankung.
- Barby. Am 2. Oktober starb der Kollege **Friedrich Hochgräbe** aus Barby im Alter von 67 Jahren an Nervenleiden.
- Berlin. Am 30. September starb unser Mitglied **Anton Flaussch** im Alter von 88 Jahren an Nervenleiden.
- Bismarck. Am 2. Oktober starb unser Mitglied **Louis Schanze** im Alter von 63 Jahren an Lungenerkrankung.
- Chemnitz. Am 4. Oktober starb unser Kollege **Franz Mannert** im Alter von 88 Jahren an Lungenerkrankung.
- Cöln. Am 30. September starb der Kollege **Willy Thissen** an Herzkrankung.
- Dresden. Am 1. Oktober starb der Kollege **Wilhelm Roth** im Alter von 80 Jahren an der Prostatakrankheit.
- Dresden. Am 1. Oktober starb der Kollege **Heinrich Beyer** aus Döberitz im Alter von 49 Jahren an Herzkrankung.
- Tempel. Am 1. Oktober starb der Kollege **Walter Heckel** im Alter von 30 Jahren an Lungenerkrankung.
- Witten. Am 2. Oktober starb der Kollege **Adolf Hecker** im Alter von 40 Jahren an Lungenerkrankung.
- Witten. Am 2. Oktober starb der Kollege **Gustav Lemmer** aus Witten im Alter von 46 Jahren an Lungenerkrankung.
- Witten. Am 2. Oktober starb der Kollege **Ernst Marx** im Alter von 48 Jahren an Lungenerkrankung.
- Witten. Am 2. Oktober starb der Kollege **Johann Theisen** im Alter von 27 Jahren an der Prostatakrankheit.
- Glogau. Am 27. September starb unser Kollege **Hermann Teidel** im Alter von 54 Jahren an Herzkrankung.
- Hildesheim. Am 2. Oktober starb unser Kollege **Ferdinand Bordt** an Nierenleiden.
- Hildesheim. Am 2. Oktober starb unser Kollege **Anton Leisner** im Alter von 44 Jahren an Herzkrankung.
- Köln. Am 28. September starb unser langjähriger, treuer Kollege **Karl Hauswirth** im Alter von 63 Jahren an Lungenkrankheit.
- Köln. Am 25. September starb unser Kollege **Karl Dräger** im Alter von 60 Jahren an Nephritis.
- Münster. (Nymphenburg.) Am 30. September starb unser Kollege **Heinrich Kübbek** im Alter von 25 Jahren an Lungenerkrankung.
- Münster. Am 1. Oktober starb unser Kollege **Wolfgang Brandl** im Alter von 40 Jahren an Lungenerkrankung.
- Münster. Am 1. Oktober starb der Kollege **Johann Kropf** im Alter von 48 Jahren an Herzkrankheit.
- Pforzheim. Am 27. September starb unser eifriges Mitglied **Heinr. Gauss** aus Witterdingen im Alter von 81 Jahren an Nierenleiden.
- Pfaffenhofen. Am 28. September starb unser Mitglied **Franz Gerhard** im Alter von 83 Jahren durch Unfallschlag.
- Pfaffenhofen. Am 28. September starb unser Mitglied **Wilhelm Tursch** im Alter von 61 Jahren an Herzkrankung.
- Stendal. Am 30. September starb unser Kollege **August Lange** im Alter von 58 Jahren durch Unfallschlag.
- Stuttgart. Am 28. September starb unser Kollege **Johann Häring** im Alter von 64 Jahren durch einen Unfall.
- Stuttgart. Am 1. Oktober starb unser Kollege **Friedrich Schollp** im Alter von 52 Jahren an Herzleiden.
- Witzburg. Am 3. Oktober starb unser Kollege **Bernhard Krebs** im Alter von 54 Jahren infolge geistiger Ummachtung freiwillig aus dem Leben.

Ehre ihrem Andenken!

Bauarbeiter - Kalender

für das Jahr 1914

Der Kalender, der von Jahr zu Jahr in steigender Auflage erscheint, bietet seinen Lesenden in diesem Jahre einen besonders reichen Inhalt. Neben dem alle Jahre wiederkehrenden Inhalt erwähnen wir besonders die Abhandlungen über die Krankenversicherung, die Unternehmerrorganisation, die Kundentänze, weiter die wichtigen Statistiken aus dem Gebiet der Volkswirtschaft, die Darstellung der gewerkschaftlichen Konstitutionen sowie die für jeden Kollegen unvermeidlichen Adressen, in die diesmal auch die Adressen der Dargestellten der Gewerkschaften und der Telegraphenvereine unserer Berufsangehörigen und die Telefonadressen unserer Bezirksleitungen und größeren Zweigvereine aufgenommen sind. Der Kalender ist mit einem hübschen Theodor Dönnelbauer geschmückt und mit einem guten Dialekt versehen. Der Preis beträgt trotz der verbesserten Ausstattung wie immer 50 Pf. Bestellungen nehmen die Zweigvereinsvorstände entgegen. Einzelverkauf nur gegen vorherige Einblendung von 60 Pf. Gamburg 25, Wollfr. 1. Der Vorstandsvorsitz.

Deutsch-Lissa.

Sonnabend, 25. Oktober, im Lokale der Frau Fahrmann:

Herbstvergnügen

bestehend in humoristischen Vorträgen und Ball. Anfang 7 Uhr abends. Alle Kollegen und ihre Angehörigen sind hiermit freundlich eingeladen. [M. 3] Das Gekomitee.

Otto Herold Mauer, geboren den 28. März 1875 am 2. Juli 1908 in Plauen i. Vogtl., Verlobt mit 101 299, wird wegen einer wichtigen Sache gesucht. Kollegen, die seine Aufenthaltsorte kennen, wollen dies an den Zweigvereinsvorsitzenden in Plauen i. Vogtl., Paulauer Straße 95, mitteilen. [M. 1,50]

Jakob Bertsch, Mauer aus Dagsbun, wird gesucht, da sein Vater gestorben ist. Kollegen, die seinen Aufenthaltsorte kennen, wollen dies an **Leo Bertsch**, Starcken-Dagbun, mitteilen. [M. 1,50]

Adressenveränderungen.

(V bedeutet Vorstandsmitglied, K Kassierer, L Bezugsstellen, H Herberge, RZ Parteihandlung wird ausgeschlossen.)

- Mülheim a. d. R. V Jakob Wolf, Eppinghofer Straße 74.
- K. Johann Werner, Bureau: Eppinghofer Straße 74.
- Nordbarnim. V Heinrich Niemann, Müllersstr. 50.
- K. Fritz Kollie, Panitzschstr. 10. Bureau: Schulstr. 10.
- Rendsburg. V Johann Engelmann, Bringsstr. 20, pt. Rosenbüchel. V Karl Klappstein, Leipziger Straße 4.

Versammlungs-Anzeiger.

- Versammlungen der Zweigvereine.**
- Sonnabend, den 11. Oktober.**
- Triebes. Abends 8 Uhr in der „Wiesenhalle“. Wichtige Tagesordnung. Wähler mitbringen.
- Sonntag, den 12. Oktober.**
- Belzig. Nachm. 4 Uhr bei Zister.
- Dienstag, den 14. Oktober.**
- Leisnig. Abends 8 Uhr im Restaurant „Neu-Sorge“. Wichtige Tagesordnung. Wähler mitbringen.
- Donnerstag, den 16. Oktober.**
- Grünberg i. Schl. Abends 8 Uhr bei Hölzel „Zwei Aelch“.
- Sonnabend, den 18. Oktober.**
- Lörrach. Abends 8 Uhr im Lokal zum „Zwei Aelch“.
- Sonntag, den 19. Oktober.**
- Deutsch-Rasselwitz. Nachm. 1 Uhr bei Frau. Wichtige Tagesordnung: Aufschlüsselung der Parteimitglieder. Wähler mitbringen.
- Fürstenwalde. Vorm. 10 Uhr im „Vereinslokal“.

Zentraltrankentasse der Maurer usw.

- Sonnabend, den 18. Oktober.**
- Pankow. „Tätliches Bett“, Breite Straße 14. 2. u. 3. Abrechnung der Parteimitglieder. Aufstellung von Parteimitgliedern.
- Sonntag, den 19. Oktober.**
- Berlin 3. Vorm. 10 Uhr bei Frau. Wichtige Tagesordnung: Aufschlüsselung der Parteimitglieder. 2. u. 3. Abrechnung der Parteimitglieder. Aufstellung von Parteimitgliedern.
- Frankfurt a. d. O. Vorm. 10 Uhr im „Vereinslokal“. Wichtige Tagesordnung: Aufschlüsselung der Parteimitglieder. 2. u. 3. Abrechnung der Parteimitglieder. Aufstellung von Parteimitgliedern.
- Freitag, den 24. Oktober.**
- Berlin 4. Abends 8 Uhr bei Frau. Wichtige Tagesordnung: Aufschlüsselung der Parteimitglieder. 2. u. 3. Abrechnung der Parteimitglieder. Aufstellung von Parteimitgliedern.